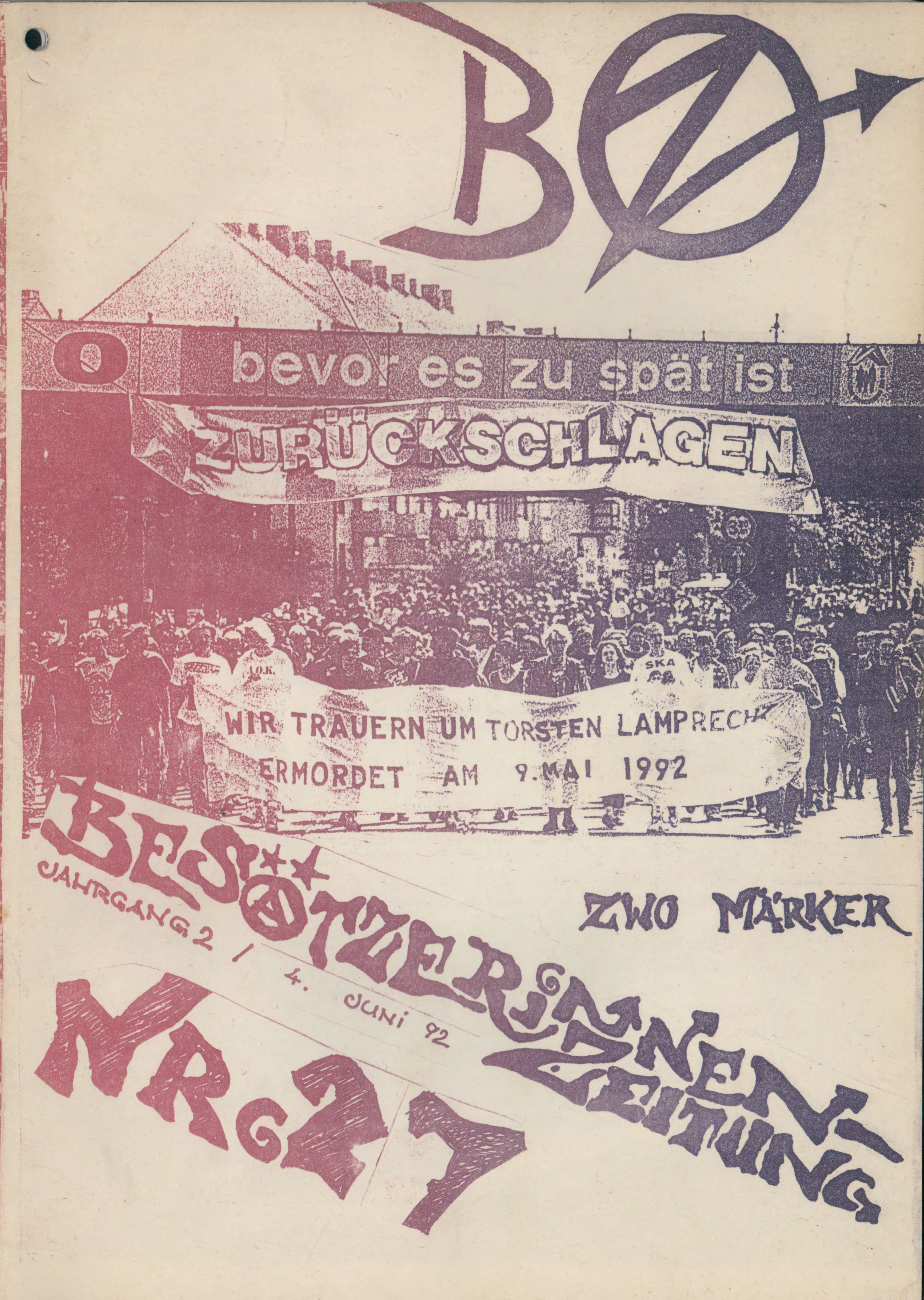

BØ
bevor es zu spät ist
ZURÜCKSCHLAGEN
WIR TRAUERN UM TORSTEN LAMPRECH
ERMORDET AM 9. MAI 1992
BESETZERINNEN-ZEITUNG
JAHRGANG 2 / 4. JUNI 92
NR. 27
ZWO MÄRKER

BZ
04.06.92
Nr.27



Warum wir es wichtig finden , daß es die BesetzerInnenzeitung weiterhin gibt ?

Hintergrund der Auseinandersetzung ist die Vorstellung von Teilen der Redaktion die Zeitung nicht mehr weiterzumachen , da Ihnen die inhaltliche Diskussion über besetzte Häuser fehlt . Das betrifft die Probleme des Zusammenlebens und daß weder in den kleinen Gruppen der Häuser und WG's noch im größeren Rahmen , z.B. Zeitungen , VV's und Treffen beredet wird , wie Mensch diese Probleme lösen kann und wieso diese Probleme entstehen .

Das diese Diskussion fehlt ist uns auch bewußt , stört uns auch , aber wir sehen es trotzdem als wichtig an , als Zeitung die Möglichkeit zu geben diese Diskussion zu führen . Deswegen ist es für uns ein Fehler , sich jetzt zur internen Diskussion zurückzuziehen und so in die wenigen laufenden Diskussionen nicht mehr eingreifen zu können . Wir sind halt nur ein Teil der " Szene " und mit der Sprachlosigkeit zu diesem Problem nur ein Spiegelbild selbiger .

Da wir immer noch auf das Gute im Menschen hoffen , also auf hoffentlich noch stattfindende Diskussionen ,wollen wir ein Forum dafür schaffen . Das ist ein Grund warum es *die BZ weitergehen soll* . Als weitere Gründe sehen wir an , uns nicht nur westliche Zeitungen reinzuziehen , sondern eine Plattform für die Osthäuser , Antifa-Gruppen und der " Szene " zu sein und so auf ihre spezifischen Probleme im Osten , mit Staat , Bürokratie und Faschisten einzugehen . Dazu fänden wir es nett und wichtig , wenn Ihr bei dieser Diskussion in dieser Zeitung eingreift . Wir fänden es gut , Eurer Meinung nach Wichtiges über bei Euch stattfinde Diskussionen , Aktionen (gelungen oder nicht gelungen) , sowie netten Volxsport bei uns abzudrucken und so weiter zu verbreiten und Öffentlichkeit für Probleme und Aktionen zu schaffen .

" Der Kampf geht weiter "

Von den Schwierigkeiten des Zeitungmachens

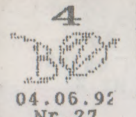
Frust und Unzufriedenheit sind durch und durch progressiv, steht doch dahinter immer die übergroße Idee, der Anspruch und die Utopie, die keine Erfüllung fanden. Es käme nur darauf an, diese Potentiale zu benennen und neue Schritte zu ihrer Realisierung zu gehen.
In diesem Sinne einige Gedanken zum Projekt "bz".

- Anspruch ist es nicht, in der Zeitung Meinungsbildungsmonopole zu vereinen, oder konsumentenfreundliche Informationen anzubieten. Sinn der Zeitung ist einzig und allein, Räume zu öffnen, um Kommunikation zu ermöglichen, die sonst nicht laufen könnten. Im Selbstverständnis heißt das, die "bz" ist authentischer Ausdruck einer Bewegung und wird also von verschiedensten Leuten gelesen, gebraucht und getragen.

- In einer Zeit, als es noch so etwas wie Solidarität und Zusammenhalt zwischen den Berliner Häusern gab war die Zeitung notwendig. Sie war ein Medium der Auseinandersetzung, um unsere Häuser durchzusetzen ebenso wie die verschiedensten Räte, denen darüberhinaus auch noch Verhandlungskompetenzen zugeschrieben wurden. Damals erschien die "bz", je nach Bedarf meist wöchentlich und wurde von wesentlich mehr Menschen hergestellt. Es gab gar keine feste Redaktion.

- Doch die Zeiten haben sich geändert, die Notgemeinschaft der Häuser ist zerbrochen, die BesetzerInnenräte sind gestorben oder suchen in ihren Todeskrämpfen nach neuen Sinnzuschreibungen und Aufgaben.

Anspruch der "bz" könnte es nun sein, das Zerbrechen der Häuserbewegung literarisch zu begleiten, und gründliche Leichenbeschau zu betreiben. (Es wäre im übrigen eine wirklich wichtige Aufgabe, zu hinterfragen, was aus unseren Träumen geworden ist, warum sie scheiterten, wie es bei denen weitergehen soll, die nicht in die Zufriedenheit eines Schöner-Wohnen-Projekts zurückfallen wollen...) Doch dies würde an mangelnder Bereitschaft zur Mitarbeit und an oft vorgeschobener Pietät (Wir können doch nicht öffentlich in unseren Wunden stochern und womöglich dem Staatsschutz die Arbeit abnehmen) scheitern. Versuche, das Innenleben der Häuser und somit das Verhältnis des Einzelnen in der Bewegung zum Thema zu erheben sind nicht über sporadische Interviews hinausgegangen. Die Angebote (Interviews) wurden als nette Episoden konsumiert, eine Problemsicht konnte sich daraus nicht entwickeln.



– Das Verhältnis Zeitung als Ausdruck oder Spiegel der Bewegung aufnehmend, fällt der durchgehende Mangel an kontinuierlichen, inhaltlich vertiefenden, analytischen Diskussionen auf. Da die viel zu geringe inhaltliche Reflexion eigener Handlungen und eine fehlende Analyse der Situation auch den sonstigen Scenealltag bestimmen, bleibt uns nichts weiter übrig, als ein reines Informations-und Ankündigungsblatt zu sein. Doch dazu würde auch ein wöchentliches Flugblatt ausreichen (na ja, vielleicht doppelseitig bedruckt). Die Erklärungsschreiben zu Hausbesetzungen sind sicher wichtig, nur bringt es uns nicht weiter, alle zwei Wochen zu lesen, daß "mehrere junge Leute gegen Leerstand und Luxussanierung und für ein kollektives und selbstbestimmtes Leben ... bla bla bla". Oft unterscheiden sich die Erklärungen nur in den Namen der Städte und Straßen. Wenn wir so viele Gemeinsamkeiten haben, sollte es doch eigentlich kein Problem sein, inhaltsschwere zukunftsweisende und handlungsorientierte Auseinandersetzungen zu führen...

– Die Idee, sich thematisch von den Häusern zu lösen und eher Schritte in Richtung einer Regionalzeitung Ost zu gehen war sicher gut, ist jedoch aus Berlin heraus kaum zu forcieren, da solch ein Projekt auf keinen Fal metropolenzentriert sein darf. Es war unsere Hoffnung, daß sich mit der Zeit das breit vorhandene Interesse zu solch einem Projekt auch in aktiver Mitarbeit niederschlagen würde. Doch dies war eher eine Berliner Illusion. Es ist ganz klar, daß eine Redaktion, die ausschließlich aus BerlinerInnen besteht jede Zeitung mit ihren metropolentypischen Erfahrungen herstellt (zumal kaum Beiträge, Reaktionen oder Kritiken von außerhalb hier ankamen). Folgerichtig kann solch eine Zeitung außerhalb von Berlin nicht als die eigene angenommen werden. Der Kreis schließt sich mit dem Wissen darum, daß für eine Zeitung, die nicht als die eigene angenommen werden kann auch keine Beiträge gefertigt werden. Ohne Kommunikation mit Leuten, die nicht aus Berlin kommen, ist dieser Zustand auf keinen Fall aufzubrechen. Es bleibt die Frage, ob eine Zeitung, die in Berlin hergestellt wird (Redaktion/Druck) diesem Anspruch überhaupt gerecht werden kann.

Antworten auf die angedeuteten Probleme zu geben fühle ich mich weder in der Lage, noch wäre es pädagogisch richtig. Das wäre in etwa so, als wenn die Redaktion versuchen würde, den scenetypischen Mangel an inhaltlichen/analytischen Beiträgen durch eine Scheinkontinuität eigener Artikel zu kaschieren. Wenn es Leute gibt, die diese Zeitung lesen und brauchen – nicht nur um zu wissen was woanders los ist, oder sich passiv an tiefsinnigen Einschätzungen zu erfreuen – so werden sie die Zeichen der Zeit erkennen...

ein kleiner Redakteur.

№27

inhalt

v.i.s.d.p.: Sabine Leuthäuser-Schnarrenb.

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

redaktionsanschriften:

bandito rosso (BZ)
lottumstr. 10a
o-1054 Berlin

fachschaft LAI (BZ)
Rüdesheimer Str. 54-56
w-1000 Berlin 33

Herausgeberin: MieterInnen und BesetzerInnen alten Typs

gesamtherstellung eigendruck im selbstverlag



GEMEINSAM GEGEN WOHNUNGSNOT!



Liebe Bürger !

Seit Sonntag, dem 10.5.'92 ist das Haus 39 in der Brandstraße besetzt. Wir wollen mit dieser Flugblattaktion Ihre eventuellen Vorurteile gegenüber HausbesetzerInnen und ihren Absichten abbauen und erklären, warum es für uns in Frage kam, das leerstehende Haus zu besetzen.

Die Praxis der Häuserbestzung existiert ja schon seit langem und die Gründe dafür sind im wesentlichen jene :

- viel zu wenig Wohnungen im Gegensatz zu ungenutztem Wohnraum; Zweckentfremdung renovierter Häuser durch gewerbliche Nutzung (Büros, Firmen, Rechtsanwälte), so daß höhere Mieten verlangt werden können.
- die Kosten um eine AWG-Wohnung zu bekommen, sind für Wenigverdienende zu hoch -falls überhaupt AWG-Anträge vergeben werden !
- die LWBG vermittelt derzeit nur die Dringlichkeitsfälle 1-4 von 15 auf der bestehenden Liste; wohnt mensch also nicht unter extremsten Bedingungen oder ist Obdachlos, hat mensch nicht die geringste Chance auch nur die kleinste Wohnung zu bekommen.
- Leute, die in besetzten Häusern der Sternwartenstraße wohnten, wurden durch massive Angriffe der rechtsradikalen Szene gezwungen, die Häuser zu räumen; obwohl viele von ihnen Obdachlos wurden, ignorierten die zuständigen Ämter sie bei der dringenden Suche nach Wohnungen.
- außerdem soll im Haus 39 nicht nur Wohnsondern auch Lebensraum geschaffen werden, wir haben uns Projekte wie Selbsthilfewerkstatt und ein Cafe vorgenommen.

Die Hausbesetzung läuft unter dem Motto :

" Legalisierung der instandbesetzten Häuser ! "

Mit einem gegründetem Verein wollen wir die Stadt und die dafür kompetenten Ämter zwingen, sich mit unserer Problematik zu befassen, und sie zu akzeptieren.
Versuchen Sie uns nicht als Außenseiter der Gesellschaft zu sehen, sondern als Wohnungssuchende die zur Selbsthilfe griffen. Wir wollen in diesem Wohngebiet keine Verunsicherungen verursachen und sind an einem konstruktivem Miteinander interessiert. In diesem Moment, wo sie dieses Infoblatt lesen, laufen Gespräche mit den



WOHNRAUM STATT HOCHHAUSBÜROS UND DIENSTLEISTUNGSZENTRUM

SPEKULANTEN IN DIE PFANNE

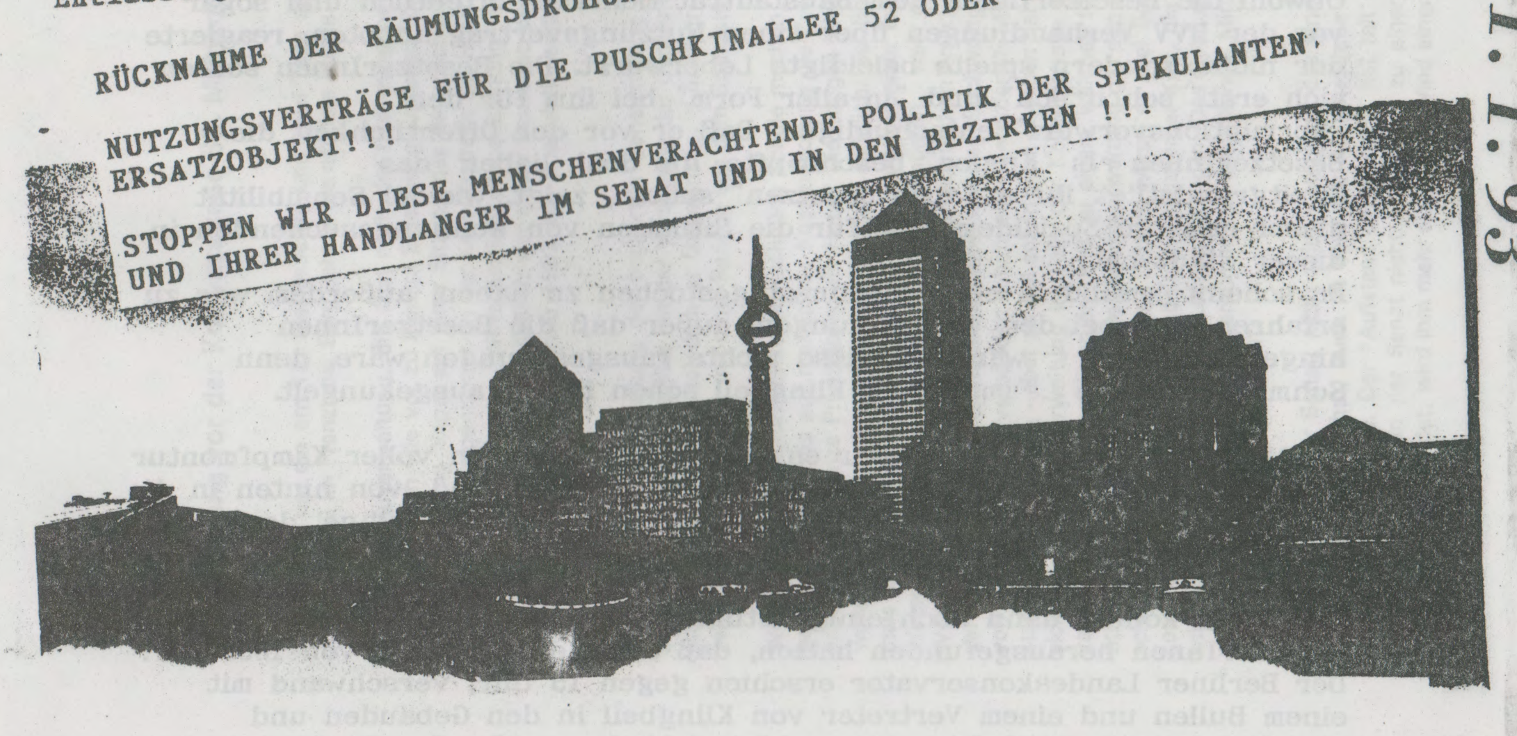
Wir haben am Sonntag den 17.05.92 die ehemaligen Gebäude des Gartenbauamtes Treptow besetzt, um dort zu wohnen. Die Gebäude in der **PUSCHKINALLEE** 52 stehen schon seit längerem leer und bieten Wohnraum für mindestens 20 - 30 Menschen.
Wir sind eine Gruppe wohnungsloser Menschen, die das Schmiergeld für Wohnungsmakler nicht aufbringen können und wollen.

Es ist nichts neues, daß Wohnungen und Gebäude leerstehen und vor sich hin rotten, gleichzeitig aber bezahlbarer Wohnraum nicht zu kriegen ist. Die täglichen Zeitungsmeldungen über Mieterhöhungen und damit verbundenen Kündigungen und Zwangsräumungen reissen nicht ab. In jedem Berliner Bezirk werden Dutzende von Grünflächen und bebauten Grundstücken an Investoren und Spekulanten vergeben. Diese wiederum verfolgen kein geringeres Interesse als Geldanhäufung, wenn sie auf diesen Grundstücken riesige Dienstleistungszentren und häßliche Bürokomplexe bauen wollen.

So soll auch das Grundstück zwischen Schlesischem Busch und dem Kinderhaus an der Puschkinallee vom berühmt-berüchtigten Berliner Spekulanten **KLINGBEIL** mit einem exklusiven Dienstleistungszentrum und Parkhaus bebaut werden. Dieses Zentrum soll dann die Lebens- und Wohnqualität im Stadtteil erhönen und andererseits sollen angeblich 2500 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Modewort Dienstleistungszentrum steht für teure Restaurants und Cafes, überflüssige Verwaltungsräume und Büros, sowie teure Geschäfte, **aber nicht für Wohnraum.** Falls überhaupt neue Arbeitsplätze geschaffen werden, werden sie auf hochqualifizierte FacharbeiterInnen zugeschnitten sein, keinesfalls auf diejenigen Menschen, die von der Treuhand gegenwärtig wegsaniert und abgewickelt werden.
Wie immer bei solchen Projekten werden die Betroffenen nicht informiert und gefragt, was geplant und gebaut wird. Der Baustadtrat von Treptow, Dr. Schmitz, der maßgeblich an den Verhandlungen mit Klingbeil beteiligt ist, war bemüht, die Planungen möglichst geheim zu halten (bei 250Mill. Investitionsvolumen wird dann wohl auch für ihn etwas abfallen). Die Betroffenen und AnwohnerInnen werden vor vollendete Tatsachen gestellt.
Es ist höchste Zeit, sich gemeinsam gegen Kahlschlagsanierung und Entlassungen zu wehren!!!

RÜCKNAHME DER RÄUMUNGSDROHUNG!!

NUTZUNGSVERTRÄGE FÜR DIE PUSCHKINALLEE 52 ODER EIN ENTSPRECHENDES ERSATZOBJEKT!!!



25.5.1992

Kundgebung vor der Kollwitzstraße 89, Mittwoch, 27.5., 17⁰⁰

Der Konflikt um die am 13. Mai besetzte und zwei Tage später geräumte Kollwitzstraße 89 im Prenzlauer Berg geht in die nächste Runde.

Die Senatsbauverwaltung, die sich nach der Besetzung beeilte, die Wogen zu glätten, ist nach wie vor zu keinem Ergebnis gekommen. Zwar versicherte Bausenstor Wolfgang Nagel auf einer Sitzung des Bauauschusses am 20. Mai den Antrag der Privateigentümer (in der Kollwitzstraße ein Hotel zu betreiben) abzulehnen, in der Frage der "Wirtschaftlichkeitsberechnung" schwieg er sich aber aus. Aus guten Grunde. Schließlich war es der Bausenat, der in einem Schreiben an die Eigentümer vom Februar 1992 den Spekulationsplänen Tür und Tor öffnete:

"Ein Anspruch auf Erteilung der begehrten Genehmigung kann dann gegeben sein, wenn der Antragsteller mit der Versagung der Genehmigung auf einen Zustand festgelegt wird, bei dem er längerfristig, d.h. über einen Zeitraum von zehn Jahren, nicht mehr mit einer Rendite aus dem Grundstück rechnen kann."

Würde diese Wirtschaftlichkeitsberechnung Schule machen, könnte jeder Privatbesitzer mit Hinweis auf mangelnde Kostendeckung die Zweckentfremdung beantragen. Der ganze Prenzelberg ein Hotel? Die übrigen Wohnungen Eigentumswohnungen? Rechtlich wäre dies durchaus möglich. Bei Bodenpreisen, die oftmals weit über dem Siebzigfachen der Jahreskaltmiete liegen, kann mit einer Wirtschaftlichkeitsberechnung nur argumentieren, wer die Spekulation mit Wohnraum gutheißt. Und wen würde es verwundern wenn der Senat selbst mit der Zauberformel Wirtschaftlichkeitsberechnung Stichwortgeber wäre für einen von den Hausbesitzerverbänden schon lange geforderten Mietanstieg bis zur Kostendeckung. Zynisch - aber es soll schon alles gegeben haben. Immerhin macht sich die Senatsbauverwaltung im Falle der Kollwitzstraße ein Urteil des Oberverwaltungsgericht vom Februar 1988 zu eigen, welches für die Reichenberger Straße 63a aufgrund mangelnder Renditeerwartung gar den "Abriß eines unwirtschaftlichen Gebäudes" erlaubte. Damals waren es drei Besetzungen und eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit im Kreuzberger Kiez, die den Diepgen-Senat schließlich zu einer politischen Lösung zwangen. Das Gebäude wurde gegen den ursprünglichen Willen der Eigentümer mit öffentlichen Mitteln saniert und an Wohnungssuchende vermietet.

Wir meinen, daß der Senat, nicht zuletzt aufgrund des eindeutigen Wahlergebnisses, guten Grund hat, auch im Falle der Kollwitzstraße auf das Votum der BürgerInnen zu hören. Der "Aufstand der Bezirke" hat mit der gestrigen Wahl erst begonnen. Wenn der Senat nicht schleunigst zu einer mieterfreundlichen Wohnungspolitik findet, wird ihm mehr als nur der Wind einer Wahlniederlage ins Gesicht blasen.

Wir fordern nach wie vor:

- sofortige Vermietung der Wohnungen im Vorderhaus Kollwitzstr. 89 an wohnungssuchende Bürger des Stadtbezirks.
- Durchsetzung des Instandsetzungsgebotes für den Seitenflügel gegenüber den privaten Eigentümern durch den Senat.
- striktes Umnutzungsverbot für bisherigen Wohnraum im Stadtbezirk durch den Senat.
- behutsame Stadterneuerung für den gesamten Bezirk anstelle von kostenintensiven Prestigeprojekten (Olympia- und Hauptstadtplanung)
- Ausarbeitung und Durchsetzung von wirksamen Strategien gegen Mietervertreibung.
- Erhalt der sozialen Strukturen des Stadtbezirks (Milieuschutz als erweiterter Mieterschutz; Bestandsgarantie für das Kleingewerbe durch akzeptable Gewerbemieten) durch den Senat.
- Stärkung der bezirklichen Kompetenzen gegen Weisungsrechte des Senats (Bezirksautonomie)

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen und den Senat zu einer Entscheidung für die Kollwitzstraße und gegen eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zu zwingen, findet morgen, Mittwoch, den 27.5., 17 Uhr eine Kundgebung vor der Kollwitzstraße 89 statt, auf der u.a. die Berliner MieterGemeinschaft und Bürgerinitiativen sprechen werden.

Eine große Kiezversammlung zu den Themen Mietervertreibung, Umwandlung in Eigentumswohnungen und Zweckentfremdung ist in Vorbereitung.

"Wir bleiben alle" (W.B.A.)

PUSCHKINALLEE 52

BESETZT – GERÄUMT – ABGERISSEN

oder: Baustadtrat Schmitz will Hauptstadt werden!

Am Montag, dem 25.5.92 sind die besetzten ehemaligen Gebäude des Gartenbauamtes Treptow von zwei Hundertschaften Bullen geräumt worden.

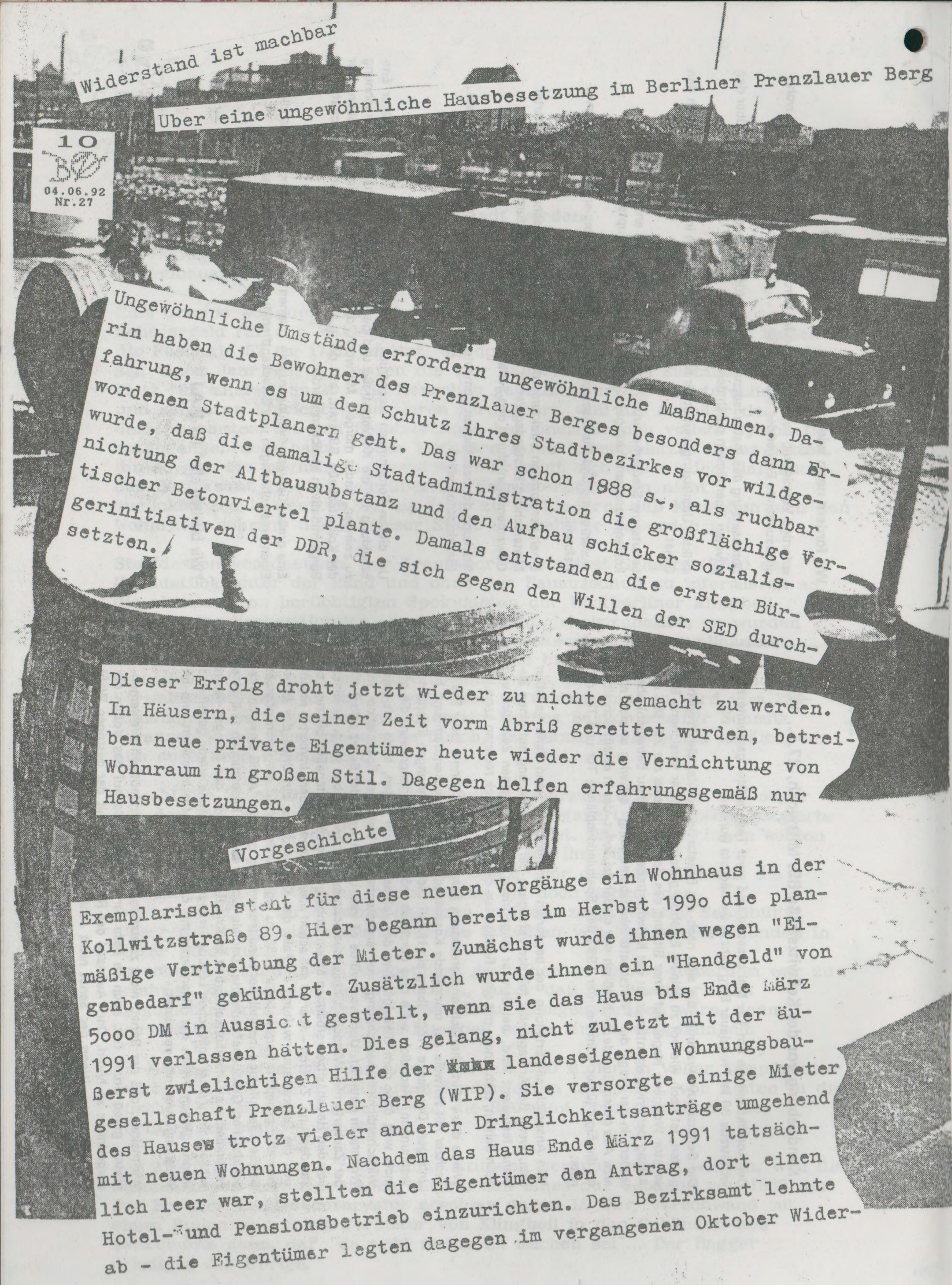
Eine Gruppe wohnungsloser Menschen aus alles Bezirken, die das Schmiergeld für den Makler nicht aufbringen konnten und wollten, hatten die Puschkin 52 am 17.5. besetzt, um dort zu wohnen. Obwohl das Gelände seit einem Jahr leer ist, waren die vier Häuser in gutem Zustand und hätten Platz für mindestens 20 - 30 Menschen geboten. Nur die Fensterscheiben und sanitären Einrichtungen waren zerdeppert, weil die Arbeiter des Gartenbauamtes, die den BesetzerInnen bei einem Besuch vollste Symphatie entgegengebracht hatten, beim Verlassen ihres Arbeitsplatzes Order hatten, ihn so gut wie möglich zu zerstören. Hier zeigt sich mal wieder, daß auch das Bezirksamt Treptow vor übelsten Entmieterpraktiken nicht zurückschreckt, wenn es darum geht, zu verhindern, daß Menschen sich den Wohnraum nehmen, der in dieser Stadt unbezahlbar geworden ist.

Stattdessen verscheuerte der Treptower Baustadtrat Schmitz (SPD) das Grundstück unter der Hand und ohne den Bauausschuß zu informieren an die altbekannten berüchtigten Spekulanten der Westberliner Klingbeil-Gruppe. Die Verhandlungen wurden versucht geheimzuhalten, es wurden Fakten geschaffen, und Betroffene und AnwohnerInnen vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Klingbeil-Gruppe, die hier angeblich ein Dienstleistungszentrum mit teuren Restaurants, Boutiquen, Büros und Verwaltungsräumen hinstellen will, kann zufrieden sein, so wird vom 250-Millionen-Investitionsvolumen sicher ein kleines Bakschisch für Schmitz herausspringen. Der Schlesische Busch, das letzte grüne Areal im Kiez, wird nun auch noch zubetoniert.

Obwohl die BesetzerInnen dem Baustadtrat mehrmals öffentlich und sogar vor der BVV Verhandlungen über einen Nutzungsvertrag anboten, reagierte der nicht, sondern spielte beleidigte Leberwurst. Die BesetzerInnen sollten sich erst "schriftlich" und "in aller Form" bei ihm für den "Korruptionsvorwurf" entschuldigen. Daß er vor der Öffentlichkeit die BesetzerInnen als "Kinder" beschimpfte, die doch lieber "das Zweitgrundstück ihres Papas besetzen" sollten, zeigt, wieviel Sensibilität dieser saubere Sozialdemokrat für die Situation von Wohnungssuchenden in dieser Stadt hat.
Da scheint jemand in ein Wespennest gestochen zu haben, außerdem war zu erfahren, daß bei den Verhandlungen, außer daß die BesetzerInnen hingehalten worden wären, sowieso nichts rausgesprungen wäre, denn Schmitz hatte die Räumung mit Klingbeil schon längst ausgekungelt.

Am Montag morgen um neun war es soweit: 200 Bullen in voller Kampfmontur brachen, durch den benachbarten Kindergarten trampelnd, von hinten in die Puschkin-52 ein. Nach Minuten war die Räumung über die Bühne, der Abrißbagger stand schon bereit.

Der Abriß konnte dann noch einige Stunden herausgezögert werden, weil die BesetzerInnen herausgefunden hatten, daß eines der Gebäude von 1839 war. Der Berliner Landeskonservator erschien gegen 15 Uhr, verschwand mit einem Bullen und einem Vertreter von Klingbeil in den Gebäuden und verkündete dann, daß "da wohl nichts zu machen sei"... Der Bagger erledigte das Übrige.



Widerstand ist machbar

Über eine ungewöhnliche Hausbesetzung im Berliner Prenzlauer Berg

Ungewöhnliche Umstände erfordern ungewöhnliche Maßnahmen. Darin haben die Bewohner des Prenzlauer Berges besonders dann Erfahrung, wenn es um den Schutz ihres Stadtbezirkes vor wildgewordenen Stadtplanern geht. Das war schon 1988 so, als ruchbar wurde, daß die damalige Stadtadministration die großflächige Vernichtung der Altbausubstanz und den Aufbau schicker sozialistischer Betonviertel plante. Damals entstanden die ersten Bürgerinitiativen der DDR, die sich gegen den Willen der SED durchsetzten.

Dieser Erfolg droht jetzt wieder zu nichte gemacht zu werden. In Häusern, die seiner Zeit vorm Abriß gerettet wurden, betreiben neue private Eigentümer heute wieder die Vernichtung von Wohnraum in großem Stil. Dagegen helfen erfahrungsgemäß nur Hausbesetzungen.

Vorgeschichte

Exemplarisch steht für diese neuen Vorgänge ein Wohnhaus in der Kollwitzstraße 89. Hier begann bereits im Herbst 199o die planmäßige Vertreibung der Mieter. Zunächst wurde ihnen wegen "Eigenbedarf" gekündigt. Zusätzlich wurde ihnen ein "Handgeld" von 5ooo DM in Aussicht gestellt, wenn sie das Haus bis Ende März 1991 verlassen hätten. Dies gelang, nicht zuletzt mit der äußerst zwielichtigen Hilfe der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Prenzlauer Berg (WIP). Sie versorgte einige Mieter des Hauses trotz vieler anderer Dringlichkeitsanträge umgehend mit neuen Wohnungen. Nachdem das Haus Ende März 1991 tatsächlich leer war, stellten die Eigentümer den Antrag, dort einen Hotel- und Pensionsbetrieb einzurichten. Das Bezirksamt lehnte ab - die Eigentümer legten dagegen im vergangenen Oktober Wider-

spruch bei der Senatsbauverwaltung ein. Seit dem ist nichts passiert - das Haus, das nach Einschätzung des Sanierungsträgers s.t.e.r.n. sofort vermietbar wäre, steht seit nunmehr 13 Monaten leer.

Besetzung

Am Mittwoch vergangener Woche riß denen, die gegen die neue Umstrukturierungsgefahr im Bezirk kämpfen endgültig die Geduld. Am Morgen besetzten wohnungssuchende Bürger, Mitglieder von Bürgerinitiativen, Betroffenenvertretungen und des Besetzer-Innenrates, Vertreter der Mieterberatung und der Bügerberatungsgesellschaft I.B.I.S., Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung und des Landesparlamentes und der Baustadtrat des Bezirkes das Gebäude. Sie forderten vom Senat, durch die Ablehnung des Umnutzungsantrages die voraussetzungen für eine sofortige Wiedervermietung der Wohnungen zu schaffen. Es stellte sich aus den Unterlagen des Bezirksamtes nämlich heraus, daß der Senat nicht ganz tatenlos geblieben war: In einem Zwischenbescheid an die Eigentümer war ihnen durch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung eine goldene Brücke zu ihrem Ziel gebaut worden. Sinngemäß hieß es da, daß eine Umnutzung in Frage käme, wenn durch Wohnungsmieten in den nächsten zehn Jahren die durch die Eigentümer eingesetzten Gelder für Instandsetzung nicht wieder aus dem Haus herauszuholen wären. Bedenkt man die Bausubstanz im Prenzlauer Berg und die mindestens bis 1995 geltende Mietpreisbindung, kann man mit dieser Begründung den gesamten Prenzlauer Berg in ein Hotel umwandeln. Außerdem zeigt diese Senatsposition, daß man sich dort mehr um die privaten Eigentümer als um die Bewohner der Stadtbezirke sorgt.

Bis zum Abend verlief die Besetzung relativ normal. Nachmittags um zwei erschien die Polizei mit den erwarteten Strafanträgen der Eigentümer und einem sofortigen Räumungsbefehl. Allerdings zeigten sich die Herren beeindruckt von der Breite des Bürgerprotestes, auf die sie in diesem Falle gestoßen waren. Sie waren sogar bereit, an dem für den Abend einberufenen Runden Tisch zu erscheinen. Dabei handelt es sich um ein besonderes, während der Verhandlungen um die besetzten Häuser im Bezirk entwickeltes Instrument zur Vermittlung in Konfliktfällen wie diesem.

Obwohl auch Vertmter der Senatsverwaltung zugesagt hatten,
fehlten sie am Abend. Eine wirkliche Lösung kamxxxxnicht konnte
so nicht zu stande kommen, die Polizei war lediglich bereit,
politische Verhandlungen um das Haus, die der Baustadtrat am
nächsten Morgen in der Senatsverwaltung führen wollte, abzuwar-
ten.

Räumung und trotzdem nicht wie immer

Natürlich kam alles ganz anders. Wie im Nachhinein zu erfah-
ren war, hatte sich der Berliner Innensenator Heckelmann früh-
zeitig in eine polizeiliche Lösung des "Problems" eingeschal-
tet. Der amtierende Bausenator, der Staatssekretär Biejelka,
entzog sich geplanten Gesprächen durch Abwesenheit. Bezirks-
baustadtrat Klipp brachte aus der Bauverwaltung lediglich ei-
ne butterweiche Presseerklärung zurück zu den Besetzern, der
zu Folge der Senat die Besetzer zwar "seiner Sympathie" ver-
sicherte, in der Sache aber lediglich beschleunigte "Prüfung"
zusagte. Außerdem würde "erwogen", ein Instandsetzungsgebot
gegen die Eigentümer auszusprechen.

Bedauerlicher Weise reichte dies dem Politiker Klipp aus, um
die Besetzer zum freiwilligen Verlassen des Gebäudes aufzufor-
dern, weil "viel erreicht"sei.
Die Besetzer, an Versprechen des Senates, die sich nach eini-
ger Zeit in Luft auflösen, gewöhnt, sahen das anders. Während
Klipp vor laufenden Fernsehkameras dann doch noch die Chance
zum Bezirkswahlkampf nutzte, beschlossen sie, sich friedlich
von der Polizei aus dem Haus tragen zu lassen.
Obwohl von den konkreten Zielen nicht eins erreicht wurde, war
die Aktion doch nicht vergeblich. Zeigte sie doch, daß der Se-
nat von Berlin alle Initiativen, die aus den östlichen Bezir-
ken der Stadt kommen,,in lang geübter Weise blockiert. Anderer-
seits war aber auch zu spüren, daß er damit Schwierigkeiten
bekommt: bei den Bürgern, bei der Polizei, die nicht mehr vors
Loch geschoben werden will.
Das Rennen ist offen. Widerstand ist machbar.

über eine seltsame Hausbesetzung im Berliner Prenzlauer Berg

Nicht nur ungewöhnliche Umstände, sondern die ganz normale Realität, die sich mit all ihren Wirklichkeiten gegen uns stellt erfordert ungewöhnliche Maßnahmen. Die Verwertungsstrategie der privaten und staatlichen Eigentümer auf dem Wohnungsmarkt hat zwangsläufig Luxussanierung, Umwidmungen und Umstrukturierungen von ganzen Stadtteilen zur Folge. Das diese skrupellose Politik immer und überall gegen die in den betroffenen Gebieten lebenden Menschen gerichtet ist scheint klar. Mieterhöhungen, das Zerreißen sozialer Bindungen, die Veränderung der spezifischen Gewerbe/Kultur/Lebens-Struktur sind bekannte Phänomene.

Widerstand dagegen scheint nicht so einfach, ist es doch kaum möglich, sich erfolgreich auf Gesetze, Recht und juristische Klauseln zu berufen, den gerade diese sind vom Besitztumdenken einer bürgerlichen Gesellschaft bestimmt und somit Ausdruck und Mittel von Kapital(Wohnraum)verwertung und Profitmaximierung. Auf der anderen Seite sind es gerade diese Gesetze, die für viele die Regeln und Grenzen des Widerstandes bestimmen. Eigene Interessen entgegen den Umstrukturierungsplänen werden sich also nur durch die Etablierung außergesetzlicher und gegengesellschaftlicher Strukturen und Handlungen durchsetzen. Etablierung soll hier die Verankerung der Subversion in breiten Teilen der Betroffenen meinen.

LÖSUNG christlicher und sozialer DEMOKRATEN-RÄUMUNG

Solch einen Charakter hatten die Bürgerinitiativen, die sich Ende der 80er in Prenzelberg aufgrund der Abrißpläne gegen den Willen der damals Herrschenden durchsetzten. Die entstehenden Strukturen, die sich nicht in bekannten Formen von Massenorganisationen integrieren ließen, rüttelten an den Grundfesten des Systems. Doch die Zeiten haben sich geändert. Die neuen Herren sind flexibler und können auf eine jahrelange Erfahrung mit Bürgerinitiativen zurückgreifen, so daß diese eines großen Teils ihrer gesellschaftlichen Sprengkraft verlustig wurden. So sind sie als Vereine juristisch fassbar und kontrollierbar in gesellschaftliche Strukturen eingepasst. Nicht umsonst gelten Bürgerinitiativen soziologisch (also in der Herrschaftsinterpretation sozialer Vorgänge/Zustände) als "systemimmanente Frühwarnsysteme" zukünftiger Problemsituationen und sozialer Konfliktfelder.

Ausgehend von diesen überlegungen einige Kritikpunkte an der Besetzung der Kolle 89.

- Eine Aktion die an einer breiten Betroffenheit ansetzt kann nicht fast ausschließlich von exponierten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens getragen werden, ohne dabei an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Die Herrschenden (Senat/Polizei) formulieren gemeinsam mit den Medien eine jede solche Aktivität politisch (hier gemeint als Gegensatz zu sozial und betroffenenorientiert) um und reduzieren sie dabei zwangsläufig auf einen symbolischen Charakter. Denn

gerade in deren Denkstruktur stehen Abgeordneten und Stadträten ja alle(!) Wege zur Interessenartikulation offen. Alles andere käme ja auch einer Bankrotterklärung demokratischer und rechtsstaatlicher Entscheidungsmodulationen gleich.
So wird auch von dem zuerst eintreffenden Polizeioffizier der vielsagende Satz übermittelt: "Das ist ja hier 'ne Scheinbesetzung, da werden wir niemanden weh tun und 'ne Scheinräumung veranstalten."

– Die spezifische Zusammensetzung der Besetzenden hat sicher auch grundlegend zu der zurückhaltenden Taktik der Polizei beigetragen.
Zum eine hätte es den politisch Verantwortlichen nicht gut zu Gesicht gestanden, eine Woche vor der Wahl Abgeordnete einer Bürgerbewegung verprügeln zu lassen. Andererseits konnten sie sich einer Art Selbstdisziplinierung der prominenten BesetzerInnen gewiss sein. Denn auch sie können nicht über den Schatten ihrer Funktion und ihres Status springen. Was wäre es auch für ein Bild gewesen, wenn Stadtrat Klipp seinen Brötchengeber (Senat) als nicht kompetent in Sicht auf eine Lösung im Sinne der Betroffenen benannt hätte, und in aller öffentlichkeit zu der Erkenntnis gekommen wäre, das sich Interessen im Kampf gegen die geplante Umstrukturierung nicht mit, sonder ausschließlich gegen den Senat realisieren lassen... Das wäre die Negation der eigenen Legitimation und die Aufhebung seines Postens.

– Ein Manko der Besetzung war auch eine gewisse Starrheit, was den Umgang von Forderungen akut Betroffener anging. So war es nicht möglich, die Forderung nach sofortiger Vermietung mit der konkreten Wohnungsnot einiger zu verbinden. Das hätte den politischen und symbolischen Erfolg der Besetzung gefährdet. Die Bürgerbewegten Promis scheiterten im Anblick der von ihnen vertretenen Betroffenen und müssen sich die Frage gefallen lassen, ob hier die ökonomische Spekulation von Wohnraum in eine politische Spekulation umformuliert wurde.

– Somit wurde auch das zuvor proklamierte Ziel, ein Signal für einen breiten Widerstand gegen die Umstrukturierung in Prenzelberg zu setzen, verfehlt. Außer durch den enormen Presserummel, der sicher zum Thema sensibilisierte sind wir keinen Schritt weitergekommen. Diese politisch/symbolisch durchdachte und prominezdominierte Aktion öffnete keineswegs die Räume zu einer tatsächlichen/tätlichen Beteiligung Betroffener an der Auseinandersetzung. Vielmehr wurde das gesellschaftskonforme Bild der Vertreterpolitik reproduziert. Aufgabe von AktivistInnen kann es nicht sein, allgemeine Forderungen Durchzusetzen, sonder vielmehr, Räume zu öffnen, die den gemeinsamen Kampf aller Betroffenen ermöglichen.

In diesem Sinne. Das Rennen ist offen. Widerstand ist machbar.

Gerhard Neumann

EINE BESETZUNG NEUEN TYPS

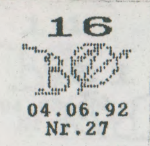
Hört unsereins heutzutage was von Besetzung, klingelts in den Ohren. Weil so oft kommt sowas ja nich mehr vor. Die frohe Kunde kam vom Prenzlberg, Kollwitzstraße 89. Also, erstmal nix wie hin, gucken was los is. So'ne Besetzung brauch ja wie jede/r weiß Unterstützung, Solidarität, möglichst viel Volk auf der Straße und im Haus u.s.w. u.s.w.. So fanden wir uns an besagter Örtlichkeit ein. Transparente vorn Fenstern - ah ja hier sind wa richtig! Ein Laken weißt darauf hin daß hier ein Hotel entstehen soll, auf einem anderen steht in großen Buchstaben: GEWALTFREI BESETZT. Wie das ? Nun gut ! Sehen wir uns das Haus mal von innen an. Die Tür steht merkwürdigerweise offen, BesetzerInnen können wir keine sichten. Also latschen wir die Treppen hoch. Etwas verwundern uns die provisorisch an den Wohnungstüren angebrachten Namensschilder. Dahinter die Traumräume eines jeden Besetzers: große, helle Raüme - fix und fertig direkt zum Einziehen. Mit neidvollem Blick treffen wir auf die ersten BesetzerInnen. Sie stehen bei zwei Ordnungshütern, von denen sie offensichtlich gerade als Verantwortliche geortet wurden. Im Vorbeigehen werden wir gefragt ob wir uns ausweisen können. Blöde Frage, natürlich nicht. Wenige Augenblicke später wirds ernst! Ein netter junger Mannn komplimentiert uns nun für 10 Minuten nach draußen, weil eine Personalienfeststellung durch die Ordnungshüter erfolgen soll. Leicht verwirrt finden wir uns vor der Tür wieder. Mit solch einer untypischen Variante der Besetzung hatten wir bis dato keine Erfahrungen gemacht.

Für jede neue Erfahrung offen, wollen wir uns doch noch die angekündigte Pressekonferenz nicht entgehen lassen, zu der sich nun auch der größte Teil der " BesetzerInnen" des Hauses sowie Presse einfand. Der uns bereits bekannte junge Mann, (wie wir nun erfuhren, profilierter Sprecher des Prenzelberger B-rats) begrüßte nun alle Versammelten und bat um etwas Geduld, weil man noch auf den Eigentümer warten wolle, um auch ihm Gelegenheit zum öffentlichen Auftritt zu geben. Doch da dieser nicht erschien stellte er erstmal die "BesetzerInnen" vor: Laberköpfe der BezirksverORDNUNGsversammlung, das für Umstrukturierung zuständige Baustadträdchen Klipp, Mitglieder von Bürgerinis, der Mieterberatungen, der Umwelt-Bibliothek und man lese und staune: sogar "HausbesetzerInnen" und Wohnungssuchende - vereint im Kampf gegen die Umstrukturierungsgefahr.

Nun trat Baustadtrat Klipp in Aktion! Er offenbarte uns, daß wir tatsächlich einer Besetzung neuen Typs beiwohnten: Andere wollten nur wohnen, wir wollen aufmerksam machen, daß man hier wohnen könnte. Er plädierte für eine "Autonomie" der Stadtbezirke. Für ihn sei diese Aktion die letzte Möglichkeit, die richtige Entscheidung seines Amtes gegenüber dem Senat durchzusetzen.

Dann stand der stellvertretende Bezirksbürgermeister auf und erklärte: "Wir wollen keinen Prenzelberg der Deutschen Bank, sondern einen der Eigentümer, äh, der MieterInnen." Aufgrund der vorhandenen Regelungen durch das Bezirksamt wären Hausbesetzungen im Prenzelberg sinnlos geworden und so gäbe es seit 1 1/2 Jahren keine besetzten Häuser mehr.

Gleich darauf ergriff eine Frau das Wort und meinte, daß sie Stino und anständige Besetzerin sei. Schon am Vormittag hätten



sie festgelegt, daß sie gewaltfrei besetzen wollen. Das einzige,

was bisher sachbeschädigt wurde, war das Schloss beim Aufbrechen und ein Sprühfleck an der Wand. Aber das hätten sie schon geregelt. Sie erklärte, das auch sie ihre Personalien abgegeben habe und gestand: "Damit habe ich meine Unschuld aufgegeben." Sie wünsche sich, das sich noch mehr Wohnungssuchende hier einfinden würden, dann könne sich der Eigentümer passende Mieter aussuchen. Als dann jemand die traute Show störte indem er das zufällige zeitliche Zusammenfallen der Besetzung mit dem kommunalen Wahlkampf hinterfragte, verlor erst Klipp die Fassung und dann die Pressekonferenz ihre Besucher. Die Veranstalter bemühten sich statt weiterer kritische Stimmen lieber einem der sich im Haus herumtreibenden Polizisten Gehör zu verschaffen.



die Hausbesetzer neuen Typus oder Wahlkämpfer mit Ausblick

Der größere Teil der Besucher war eh schon verschwunden. Einigermaßen verwirrt ob der unkonventionellen Unterstützung die der Sprecher des Prenzelberger B-rates, den komunalen Politgrößen bei ihrem Wahlkampf augenscheinlich angedeihen ließ, gingen auch wir. Voll Scham über unsere Rückständigkeit und Unaufgeschlossenheit, die uns nicht ermöglichte die wahre Bedeutung der Besetzung neuen Typs zu erfassen, zogen wir geknickt von dannen.
Im Treppenhaus gaben die besetzenden Parlamentarier fleißig Interviews...

HOCH LEBE DIE HAUSBESETZUNGEN ALTEN TYPS!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

ES BEGANN BEI MARIANNE ROSENBERG...

Um Gerüchten über das, was sich am letzten Wochenende in der Liebigstr. abgespielt hat, entgegenzuwirken und eine Diskussion über kollektives (Nicht-)Verhalten gegenüber Typen, die gewalttätig gegen Leute aus unseren Zusammenhängen vorgehen, anzuleiern, wenden wir (Liebig 14) uns an euch.

Am Freitag, 22.5., feierten wir bei uns eine Hofparty. Auf diesem Fest kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit Leuten aus der Liebig 16, die über das Wochenende immer mehr eskalierten.

Wir haben uns dazu entschlossen die Adresse und Namen dieser Leute öffentlich zu nennen (auch wenn's die Bullen auch lesen), weil wir es wichtig finden, daß ihr genau wißt um wen es sich handelt und ihr nicht auch "zufällig" noch in ne Faust von denen reinlauft und auch, weil wir seit diesem Wochenende keinen Funken Solidarität mit denen mehr haben. Insgesamt haben sich 6 Leute aus der Liebig 16 an den Provokationen und Schlägereien beteiligt, aber die Drahtzieher des Ganzen waren Steve, Mick und Emma.

Die Schwierigkeiten begannen, als eine Gruppe von Männern aus der Liebig 16 anfing nackt zu tanzen und auf Aufforderung von Frauen, sich wieder anzuziehen mit sexistischen Sprüchen reagierte. Es ist uns wichtig klarzustellen, daß es uns nicht darum geht Nacktheit zu tabuisieren oder die "bürgerliche Moral" zu verteidigen. Vielmehr geht es darum, daß wir das Umgehen dieser Typen mit der Bedrohung, die sie für Frauen in dieser Gesellschaft darstellen, nicht dulden können. Und es ist ja wohl auch kein Zufall, daß von den gleichen Typen, die sich für so wunderbar befreit halten, Sprüche kommen, wie "du mußt mal wieder gefickt werden".
Beim Versuch, die Leute rauszudrängen, fing einer von ihnen eine Schlägerei an, woraufhin die Gruppe von uns mehr oder weniger entschlossen vor die Tür gesetzt wurde. Dabei gab es auf unserer Seite 3 Verletzte, u.a. eine gebrochene Nase. Wir fanden es übrigens ganz toll, daß sich so viele Leute, Gäste oder aus anderen Häusern, entschieden am Rausschmiß beteiligt haben.
Vor der Tür gingen die Provokationen weiter. Wir wurden laufend als Nazis beschimpft und die Leute versuchten wiederholt einzelne Menschen, die auf dem Nachhauseweg waren, zu verprügeln. Wir verhielten uns bei diesen "Szenen" weitgehend passiv (festhalten, wegdrängen), weil wir die Situation nicht eskalieren lassen wollten und wir keinen Bock auf einen "Nachbarschaftskrieg" hatten. Im Nachhinein halten wir das für einen Fehler, denn die Liste unserer Verletzten wurde immer länger (u.a. 1 ausgeschlagener Schneidezahn) und beruhigt hat sich die Situation bis heute nicht.
Nachdem wir uns wieder ins Haus zurückgezogen hatten grölten die Typen noch bis morgens um 7 "Ausländer raus", beschmierten unser Haus mit Hakenkreuzen, sprühten Schwänze und Männerzeichen und nagelten eine Deutschlandfahne an unsere Haustür. Es sei in diesem Zusammenhang bemerkt, daß es sich bei den Leute aus der 16 hauptsächlich um weiße Engländer handelt.
Am Samstag Vormittag wurden einzelne von uns erneut auf der Straße bedroht und wir mußten teilweise über Umwege in unser Haus gelangen.
Nachmittags sprachen sich dann mehrere Häuser aus der Umgebung ab, wie wir reagieren könnten Wir hatten gerade beschlossen bei einem weiteren Angriff entschlossen gegen diese "Nachbarn" vorzugehen, als vor der Tür wieder jemand von uns geschlagen wurde. Daraufhin sind wir raus und haben den Plenumsbeschluß in die Tat umgesetzt (aber auch hier wäre noch mehr Entschlossenheit von noch mehr Leuten nötig gewesen).
Am Abend machten wir dann trotzdem deutlich, daß wir ein Gespräch mit diesen Leuten wollten, weil viele von uns Angst vor ihnen hatten und immer noch haben und die ganze Scheißsituation geklärt werden mußte. Es wurde ein Gespräch für Sonntag 16 Uhr vereinbart.
Dort sagten wir ihnen, daß wir bei jeder weiteren Provokation massiv gegen sie vorgehen werden und es wurde ihnen ein Kneipenverbot für's X-B-Liebig erteilt (weil wir sie in unseren Zusammenhängen nicht mehr haben wollen und weil sie bevorzugt unter Alkoholeinfluß um sich schlägern). Das haben sie erstmal so mehr oder weniger geschluckt.
Vorläufiger Schlußpunkt der Auseinandersetzungen war die Spontandemo zum Wahlausgang, als einige aus der 16 mit dem Auto von hinten voll durch die Demo gefahren sind, ohne sich darum zu kümmern, ob die Leute noch rechtzeitig zur Seite springen konnten oder nicht. Als Reaktion darauf wurde das Auto (ein beige-häßlicher Datsun-Cherry Combi mit britischem Kennzeichen) spontan etwas zerbeult und das Heckfenster entglast.
Montag und Dienstag war's dann zwar weitgehendst ruhig, aber wir gehen davon aus, daß das nur vorübergehend ist.

Deshalb wollen wir mit möglichst vielen Leuten (v.a. aus Friedlhain) zusammen überlegen, wie wir uns dagegen wirksam wehren und diese Situation beenden können, zumal die 16 ja kein Einzelfall im Kiez ist und auch nicht nur Leute von unserer Ecke bedroht sind (siehe Demo).

Liebig 14

Komm! Ins Offene, Freund!

Horch! Das ist der alte Hölderlin. Und so kommt es vorne raus, wenn du den Toten hinten haust. Dann staubt es aus dem neunzehnten Jahrhundert frisch herüber und reißt uns mit, die „städtische Natur des 21. Jahrhunderts zu entwerfen". Denn das Besondere an dem Konzept eines zweiten Grünflächenrings um die äußere Innenstadt Frankfurts - Bestandteil der rot-grünen Koalitionsvereinbarungen und Verewigungsvision des grünen Partners, mittlerweile per Magistratsbeschluß abgesegnet - ist seine Verankerung in den Köpfen der BürgerInnen. Den „Anspruch der Stadtbevölkerung auf bessere Lebensbedingungen in Frankfurt und der Region" soll sie selbst wahrnehmen und als Grüngürtel verteidigen, „Selbstorganisation und Partizipation der Nutzer", auch von Minderheiten durchsetzen und insbesondere „den Verdrängungsprozessen begegnen, die durch die Einrichtung des Grüngürtels ausgelöst werden". Dazu drückt uns das städtische Social Management neben dem Hölderlin-Motto noch den „Kampfbegriff *GrünGürtel Frankfurt*" (niemals Frankfurter Grüngürtel, immer mit zwei großen Gs und ohne Artikel) in die Hand und verabschiedet sich dann, um weiter zu missionieren.

Erfolgreich, wie die Bilanz zeigt:

Fahrradtouren mit frischem Süßen und Drachensteigen bei günstigem Wetter; 345 000 ausgesandte Teilnahmebogen des Bürgerwettstreits zur Gestaltung *GrünGürtel Frankfurt*, 136 Rücksendungen; feierliche Enthüllung des „ersten *GrünGürtel Frankfurt* Fahrrads" auf dem Römer, wobei ein Funktionär des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs begeistert ausrief: „Zum ersten Mal seit zehn Jahren fühlen wir Radfahrer uns ernstgenommen!"; Sommerakademie mit allen eingeladenen Planer- und GutachterInnen; schließlich ein dickes „politisch-poetisches" Fachbuch, wo von all dem berichtet wird, für 129 Mark.

Komm! Zur Sache, Freund!

Wahrscheinlich wußten die acht oder neun Jugendlichen also gar nicht, wie wörtlich sie den grünen Hölderlin nahmen, als sie sich Pfingsten 1990 mit ihren Bauwagen auf dem ehemaligen Bundesgartenschaugelände niederließen. Die Vorstellungen reichten von der Flucht aus anderthalb Zimmern zu siebt über den eigenen Gemüsegarten bis hin zum selbständigen ökologischen Wohnen. Ziemlich schnell zeigte sich jedoch, daß sie nicht so sehr vorbeispazierenden Bürgern und Ortsbeiräten zur Last fielen, sondern hier, inmitten *GrünGürtel Frankfurt*- auf dem „Herzstück der Politik" des Umweltdezernenten Tom Koenigs lagerten.

Der hatte wohl viel mehr Angst vor *GrünGürtel Frankfurt* Solidarität der Frankfurter als diese vor den Leuten in den Bauwagen, denn noch bevor es irgendwelche Beschwerden gab, jammerte er schon: „Das könnt ihr doch nicht machen, hier laufen doch viel zu viele Leute vorbei, ich hab schon genug Ärger mit dem Projekt, das muß jetzt nicht auch noch sein, was meint ihr, was das gibt, wenn das erst hochgekocht wird?". Sauber und ordentlich, sonst grüne Chaospartei, so muß es wohl kurz-geschlossen haben, und Koenigs schoß gleich drei Eigentore. Denn erst nach der eigenmächtig veranlaßten Übersiedlung in den Rödelheimer Biegwald am Westrand Frankfurts empörten sich Anwohner, Spaziergänger und übergangene Ortsbeiräte. Und erst jetzt hatte Koenigs sich die Bauwagen richtig aufgehalst, weil die Öffentlichkeit ihn mit diesem Problem identifizierte und alle anderen etwaig zuständigen Stellen eine Ausrede hatten: „Das fällt in die Zuständigkeit des Herrn Koenigs". Außerdem liegt der Biegwald ebenfalls in *GrünGürtel Frankfurt*.

Wo sich unterdessen immer mehr Leute einlebten: Konzerte fanden statt, die Szene im Frankfurter Westen (Au, Exzess, KOZ-Kneipenabend) lag nahe wie die Innenstadt. Die Reaktionen der Anwohner der nahegelegenen Postsiedlung, auf deren Festplatz das Bauwagendorf stand, reichten von erwartungsgemäß bis phantasievoll. Einige vermuteten zu viele Sozialhilfeempfänger und Arbeitsscheue (wobei die alle in sächsischen Kneipen sitzen und unser Geld versaufen - nicht umsonst haben sie da die Sperrstunde aufgehoben), Hunde machten Angst, Lagerfeuer Waldbrände, Menschen Schrott und Dreck, und Dreck muß weg, damals hätten sie die sofort vergast... Eine wohl vom Weg abgekommene Spaziergängerin landete im Bauwagendorf und behauptete: „Der Weg ist hier gewesen und ihr habt ihn weggemacht!", und ließ sich erst umstimmen, als sie wieder zu ihm hingeführt wurde: „Der Weg ist dort gewesen und ihr habt ihn weggemacht!". Ansonsten entspannte sich das Verhältnis in der Regel, wenn es zu näherem Kontakt kam.

Die Bewohner sind Arbeiter-, Schrauber-, Schrottsammler-, Studentinnen, und wohnen zum großen Teil einfach lieber draußen als in einer Wohnung, legen Wert auf die Vorteile einer Wohngemeinschaft, können sich aber weiter als nur in ihr eigenes Zimmer zurückziehen. Da in Frankfurt das Mieten ganzer Häuser oder großer Wohnungen für Wohngemeinschaften nicht mehr möglich ist (Vermieter nehmen keine oder verlangen zu hohe Mieten), bleibt für das Wohnen mit mehreren Leuten eigentlich nur noch der Bauwagen. Dafür haben einige sogar Wohnungen aufgegeben, andere sind aber auch von der Straße dazugestoßen. Sie zählen sich zu einer bundesweiten Bauwagenbewegung mit mittlerweile 60 Dörfern (im Rhein-Main Gebiet u.a. in Mainz, Wiesbaden und Rüsselsheim), die sich jährlich treffen und auch eine eigene Zeitung herausgeben.

Dann reichte die CDU einen Räumungsantrag ein, und Koenigs mußte Ersatzgelände suchen. Mittlerweile kam es dabei auch den Bauwagenleuten darauf an, nicht zu nah an Wohnbauten zu geraten („Streß für uns, Streß für die Bürgers"). Diese Suche wurde ein anderthalbjähriges Hin und Her und endete mit der Pistole auf der Brust:

So war das anfangs angebotene Gelände um die alte Ziegelei in Rödelheim auf einmal nicht mehr im Gespräch, wofür auf einer Ortsbeiratssitzung mehrere Gründe an den Haaren herbeigezogen wurden. Zunächst tauchte ein Bewohner der nahen Siedlung Westhausen auf und verlangte, das Gelände an der Autobahn solle als eine der letzten Grünflächen für die Anwohner erhalten bleiben, er ginge da immer spazieren. Still wurde es erst in seiner Ecke, als die Bauwagenbewohner ihn fragten, ob er denn gerne über alte Kühlschränke steige und darauf hinwiesen, daß dies Gelände sogar auf entsprechenden Plänen als illegaler Müllabladeplatz ausgewiesen sei. Woraufhin dann prompt die zu hohe Bodenbelastung als Gegenargument ins Spiel gebracht wurde, außerdem sei dort ein Sportgelände geplant (was sich merkwürdigerweise mit der Bodenbelastung verträgt) und zudem der Ortsbeirat dagegen. Mit den Ortsbeiräten ist das aber so: Sie sind grundsätzlich dagegen und werden im entscheidenden Fall sowieso übergangen, wie schon bei der Übersiedlung in den Biegwald. Man muß nur einigen Ortsbeiräten inoffiziell bescheidgeben, dann umziehen lassen und nachher behaupten, es hätten doch alle gewußt.

Bei soviel überzeugungskräftiger Vernunft mußten die Bauwägler also schließlich Ein-

sicht zeigen, zurück blieben nur das Gerücht, Mercedes Benz hätte Interesse an dem Gelände und der Verdacht, daß die politischen Zusammenhänge mit der Au, dem Exzess usw. ein wenig zerpflückt werden sollten.

Ein Gelände am Schwedlersee/Osthafen war so furchtbar, daß die Biegwaldsiedler erstmal behaupteten, der Boden sei zu stark belastet, was sich dann auch glücklicherweise als wahr erwies.

Ans Nordwestkreuz zwischen der A5 nach Kassel, der A66 nach Wiesbaden und der Lorscher Straße zu ziehen, war wohl auch von städtischer Seite eher scherzhaft gemeint und wurde spätestens fallengelassen, als die nahegelegene Autobahnmeisterei die Pointe lieferte, indem sie Autobahnvermüllungsgefahr anmeldete.

Komm! Ins offene Messer, Freund!

Wir können es nur vermuten, doch daraufhin muß ein gewaltiger Prozeß des Umdenkens stattgefunden haben, ohne den der weitere Verlauf der Dinge weit weniger professionell erschiene. Eines Tages kam mit einem unangekündigten City-Tours Bus die Einladung in den Biegwald, einzusteigen und sich zwei Ersatzgelände anzusehen. Taktisch brillant ging es zuerst zur Landfahrersiedlung nach Bonames (nördlichstes Frankfurt). Hier wollte Koenigs ein zusätzliches Areal planieren und die Leute dort unterbringen, fand sich jedoch sofort umringt von Landfahrern, deren Sozialarbeitern und Biegwäldlern, die alle nah daran waren, ihn plattzumachen. Die Landfahrer haben nämlich so wenig Platz, daß sie neue Parzellen nicht mal an ihre eigenen Leute vergeben können: Wer heiratet muß entweder zusammenrücken oder wegziehen.

Daraufhin stiegen alle wieder in den Bus und fuhren in den Osten Frankfurts zur Borsigallee in den Schlamm, womit nun der eigentliche Trumpf ausgespielt war. Denn im direkten Vergleich zu dem gerade Erlebten erschien dies Gelände hier ungleich machbarer. Als tags darauf einige Leute aus dem Biegwald, die die City-Tour verpaßt hatten, ans andere Ende Frankfurts fuhren, um sich das einmal anzusehen und sich an den Kopf faßten, half das auch nichts mehr, denn eine Woche später wurde mit einem Vertrag noch einmal kräftig nachgelegt. Ganze anderthalb Tage Bedenkzeit gab es noch bis zur Magistratssitzung, in der bei fehlender Unterschrift die Räumung beschlossen werden würde. Keine Diskussionen, keine Nachbesserungen, nach dem Motto: „Komm! Ins Offene, Freund! So oder gar nicht!".

Die 29 Bewohner wurden als Vertragspartner zu einer GBR zusammengeschlossen und sind also namentlich bei der Stadt bekannt. Eine Duldung von weiterem Zuzug ist unklar, das Ordnungsamt tauchte jedoch schon auf, fotografierte und verschwand bisher folgenlos. Der Zwischennutzungsvertrag läuft bis Februar 1994 (Koenigs: „Es gibt kein Leben nach dem Tod"), ist jederzeit kündbar und beinhaltet keine Wasser-, Abwasser- und Stromversorgung. Das mit dem Wasser ist noch nachvollziehbar, da die Stadt verpflichtet ist, auch für Abwasserleitungen zu sorgen, sobald sie Zuleitungen legt und das zu teuer käme. Der fehlende Stromanschluß ist vollkommen unverständlich, weil es Strom auf jeder noch so entlegenen Baustelle als erstes gibt. Die Post kommt, dafür die Müllabfuhr nicht, und auch für den dort herumliegenden Altmüll stellte die Stadt die versprochenen Container nicht bereit mit der Begründung, sie würden beim Transport über den Feldweg, der zur Siedlung führt, Äste von Bäumen abknicken.

Die Bodenverseuchung ist noch ein ganz eigenes Thema. Laut Koenigs im Ortsbeirat Seckbach/Fechenheim wurde das Gelände „Mehrfach industriell umgewälzt", was unter anderem heißt, daß in unmittelbarer Nähe mal eine Torpedofabrik gestanden hat. Bei leichten Grabungsversuchen kommen auch sofort verschiedenster Müll und Schrott, u.a. merkwürdige Fässer zum Vorschein. Der neueste Witz in dieser Sache ist ein Schreiben vom Ordnungsamt, in dem steht, daß der Feldschutz beträchtliche Bodenverunreinigungen ausgemacht habe, die, wenn nicht umgehend beseitigt, zur Kündigung führten. Auf der anderen Seite zeigt sich die Stadt dafür wieder großzügig, wenn sie die garantierte freie Zufahrt zu dem Gelände vollkommen verschlammt beläßt.

Der Ortsbeirat erfuhr nach der üblichen Übergangsbehandlung Koenigs erst von dem Umzug, als die Bauwagen schon an ihrem neuen Platz standen. Es macht jedoch keinen Sinn, den Koenigsteufel an die Wand zu malen. Er ist durchaus gespalten in seinen Intentionen. Einerseits mögen ihm grünes Gewissen und grüne Programmatik und die Angst vor politischem Identitätsverlust im Nacken sitzen. Die wohnungspolitischen Grundsätze seiner Partei listen Bauwagen immerhin als unterstützungswürdige alternative Wohnform auf. So setzte er sich also, wenn auch widerwillig, für die Bauwagensiedler ein und unterstützte sie gegen die CDU-Ortsbeiräte, die Angst vor Diebstählen, hafenstraßenähnlichen Zuständen anmeldeten und befürchteten, auf der Borsigallee könnte demnächst kein Mercedes mehr geparkt werden. Andererseits verfolgt er natürlich seine eigenen Interessen und hat es geschafft, das Problem erstmal auf Eis und vor allen Dingen außerhalb *GrünGürtel Frankfurt* zu legen, sowohl lokal als auch vom öffentlichen Bewußtsein her gesehen. Und wieviel ihm daran liegt, zeigt ja die Überreaktion, mit der er in dieses Näpfchen überhaupt erst hineingetreten ist.

Das Visions- und Verewigungsgetue darf dabei nicht unterschätzt werden. Dies ist der gemeinsame politische Nenner aller Vorantreibenden, auch wenn einige unter diesem Deckmantel ihre ganz eigenen Verewigungsprobleme lösen, wie es z.B. der hochangesehene Berliner Stadtplaner und Anthroposoph Herbert Seiberth im „politisch-poetischen" Buch tut. Schlimmer als sein Doppelgänger Hörb Seibert aus den Sondermann-Seiten der Titanic, nämlich vollkommen ernsthaft träumt er davon, 2065 noch im Ochsenkarren durch *GrünGürtel Frankfurt* zu schaukeln. Dabei stopft er uns mit einer unglaublichen Menge multi-kulturellen Quarks voll:

„Es war am Spätnachmittag, beim gutbesuchten interkulturellen Lämmerbraten-Picknick auf der von florenfremden Nadelhölzern umsäumten Cohn-Bendit-Wiese ... Die Robinien blühten und der Holunder streckte seine cremefarbenen Blütenteller dem Sommer entgegen. Nachdem wir den daraus gewonnenen Saft genossen und bei Kichererbsenmus und Ayran den Blick über die gepflegte Wildnis des Frankfurter Stadtwaldes hatten schweifen lassen, bot uns Onkel-Toms-Gipfelhütte Schutz vor dem kurzen Regenschauer, der den warmen Wald zum Dampfen brachte." Dabei wird in den „Vereinigten Staaten von Europa" natürlich kräftig gegoethelt, -hölderlint und -rudolfsteinert, übertroffen nur durch solche unverschämten Selbstverschätzungen wie: „Stets waren es die unbotmäßigen Bürger, Verbände, Hausbesetzer, die ‚Szene', die Querulanten, die den zarten Wachstumspool der Geschichte bildeten."

Sowas gehört alles mit zu dem Konzept, vor dem die Bauwagenleute an die Borsigallee weichen mußten. Das interessiert sie jedoch einen feuchten Dreck, denn von dem haben sie dort viel zuviel.

Raymund Burghardt

geklaut aus'm Diskus 5/92



LAND IN SICHT
Buchladen im Nordend
Rotteckstr. 13/Mercatorstr.
Nähe Friedberger Platz
6 Ffm 1, Tel. 069



DIE BESETZUNG GEHT WEITER!

TESTSTRECKE, d.h.:

* Fläche von 1600 Fußballfeldern
* militärisch nutzbar
* ein weiterer Schritt in die Autogesellschaft
* Zerstörung von Moor- und Feuchtgebieten

VONEINANDER LERNEN

Einige der letztjährigen BewohnerInnen des Dorfes bereiten für dieses Jahr Workshops, Seminare, Veranstaltungen vor. Das alles ist nur ein Angebot, das den Hüttendorf-Alltag bereichern soll. Viel mehr wird aus der Aktivität der BesetzerInnen entstehen! Hier die vorläufigen, garantiert unverbindlichen Planungen:

01.04.-21.04.	Bauwochen über Ostern
25.06.-01.07.	Hüttenbau
02.07.-08.07.	Koch-/Backkurs
09.07.-15.07.	Werkstätten, Landwirtschaft
16.07.-20.07.	Jonglierfestival
20.07.-20.08.	Internationales Camp
23.07.-29.07.	Anders leben & arbeiten
30.07.-05.08.	Makrobiotik, Shiatsu, Frauen-/Männer-/Kinder-Rollenverhältnisse
06.08.-12.08.	Friedenswoche
21.08.-06.09.	Reise in die Vergangenheit (des Emslandes)
07.09.-13.09.	Kunstaktionstage
28.09.-04.10.	Spectaculum
	Aktionstreffen von allen, die im Hüttendorf waren

LEBEN IM HÜTTENDORF

Das seit dem 4.Juli 1991 bewohnte Hüttendorf im Papenburger Moor wird über Ostern für einen langfristigen Aufenthalt vorbereitet, um dann im Sommer '92 wieder mit buntem Leben erfüllt zu werden. Es soll eine alternative Lebensform vorgelebt werden, die zugleich Zukunftsperspektiven für die Papenburger Region aufzeigt. Wir wollen selbstverwaltete Betriebe gründen, gemeinsames Leben ohne Chef und Zwänge verwirklichen. Das Hüttendorf bietet Raum für Kreativität und spontane Aktivitäten. Kommt vorbei und lebt mit!

WIDERSTAND

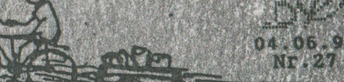
Durch die Besetzung wehren wir uns schon jetzt gegen die Teststrecke, obwohl mit dem Baubeginn erst 1994 zu rechnen ist. So können wir durch öffentlichkeitswirksame Aktionen am Umwelt-Image der Landesregierung kratzen und hoffen, den Bau zu verhindern. Je mehr Menschen bei den Aktionen mitmachen, desto eher werden wir Daimler stoppen. Die Landesregierung soll wissen, daß auch rosagrünliche Umweltzerstörung nicht hingenommen wird. Verbringt den Sommer im Hüttendorf und leistet aktiven Widerstand!

LUST, MITZULEBEN? WIDERSTAND ZU LEISTEN?

Kontakt & Infos bei:

bis 25. Juni:
Aktionsbüro gegen Daimler
Heringstraße 4
2980 Norden
Tel. 04931/167077

ab 25. Juni
Aktionsbüro gegen Daimler
Spillmannsweg 5
2990 Papenburg
Tel. 04961/75430



ALLE WEGE FÜHREN NACH PAPENBURG

Bahn: Papenburg aussteigen (Strecke von Rheine nach Leer/Ostfriesland). Durch die Bahnhofsstraße zum Hauptkanal. Nach einigen hundert Metern rechts zum Ems-Center (kennt jedeR). Dann in die Stadtbuslinie 1 bis zur Haltestelle Ifa-Markt an der Johann-Bunte-Str., der Ihr 3 km stadtauswärts zum Hüttendorf folgt.

Rad & Trampen: Die Johann-Bunte-Straße führt von Papenburg nach Burlage und zweigt links von der Straße Papenburg-Börgermoor ab.

Bitte laßt Autos zuhause und bringt Fahrräder mit!

KEINE TEST-STRECKE IM MOOR!

WIDERSTAND, WEIL:

Seit 14 Jahren versucht der Rüstungs- und Automobilkonzern Daimler-Benz in der BRD eine Kraftfahrzeug-Teststrecke zu bauen. Vor 5 Jahren scheiterten sie im baden-württembergischen Boxberg am Widerstand. Nun soll ein Moor- und Feuchtwiesengebiet bei Papenburg im "strukturschwachen" nordwestlichen Niedersachsen dran glauben. Mit Unterstützung der Rot-Grünen Landesregierung!!

Am 4. Juli haben wir daher das Baugelände besetzt und ein Hüttendorf errichtet. Seitdem ist das Thema durch zahlreiche Aktionen bundesweit in den Medien präsent. Schon allein durch unsere Anwesenheit wird klar, daß der Bau nicht so leicht durchzusetzen ist. Denn gute Gründe gegen die Teststrecke gibt es genug:

* Was dort hinter hohen Wällen und Zäunen letztlich getestet wird kann keineR kontrollieren. Den Versprechen des Rüstungskonzerns nur "zivile Produkte" zu testen, ist nicht zu trauen.
* Die Teststrecke ist für Papenburg kein Weg aus der wirtschaftlichen Misere. Die angekündigten 300 Arbeitsplätze nützen nur Spezialisten oder sind extrem monotone Arbeiten.
* Der Sackgassen-Technologie Auto darf nichts mehr geopfert werden. Schon gar nicht über 1000 ha Moor- und Feuchtgrünland mit bäuerlicher Landwirtschaft sowie 50 seltenen Tier- und Pflanzenarten. KFZ-Teststrecken gibt's schon genug!
* Die Teststrecke ist in Krisenfällen eine optimale Start- und Landbahn für militärische Großflugzeuge.

Die Unterstützung der Teststrecke durch die Rot-Grüne Landesregierung ist nur ein Beispiel für zahlreiche ökologische Versager der "ökologischen Politik mit Weitblick". Wir wollen öffentlich machen, daß auch diese Landesregierung zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen kräftig beiträgt.

ALTERNATIVEN FÜR PAPENBURG

Die Mehrheit der Papenburger BürgerInnen wehrt sich nicht gegen die Teststrecke, obwohl kaum jemand wirklich für den Bau ist. Viele versprechen sich wirtschaftlichen Aufschwung für die "strukturschwache" Region, der aber nicht zu erwarten ist. Wir wollen beweisen, daß sichere Arbeitsplätze auch durch eigene Initiative aus der Region geschaffen werden können. Im Hüttendorf sollen sich Betriebe gründen, die ihre Erzeugnisse und Dienstleistungen anbieten. Möglichst viele Aktive sollen ihre handwerklichen Tätigkeiten in's Hüttendorf verlegen oder dort damit beginnen. Wer daran Interesse hat, bitte sofort melden!

Mit Papenburger BürgerInnen und BewohnerInnen des Hüttendorfes sollen Zukunftswerkstätten stattfinden, in denen wir uns gemeinsam neue Berufe und Tätigkeiten ausdenken, die eine echte Alternative zu industriellen Arbeitsplätzen darstellen. Nach der selben Methode wurde schon erfolgreich an anderen Standorten gearbeitet. Ein Netzwerk alternativer Projekte und Einrichtungen soll entstehen.

WEITERSAGEN!

Nur wenn viele vom Hüttendorf wissen und vorbei kommen, haben wir Aussicht auf Erfolg, also:

Erzählt FreundInnen, Bekannten vom Hüttendorf, hängt das Flugblatt aus, setzt Ankündigungen in alternative Stadtblätter, Uni-Zeitungen, Schüler-/Jugendzeitungen, ...

!SPENDEN!

Damit das alles verwirklicht werden kann, brauchen wir dringend Spenden! Bitte überweisen an:
Achim Riemann - Sonderkonto - 2970 Emden;
Kt.-Nr. 586 123 308: Postgiroamt Hannover

Kuhpong

☐ Bitte schickt mir genauere Infos zum Hüttendorf gegen die Teststrecke und ein Veranstaltungsprogramm.

☐ Ich will selbst Veranstaltungen anbieten und zwar: ____________

☐ Ich habe Interesse einen Betrieb zu eröffnen, meldet Euch bei mir!

Name: ____________ Tel.: ____________
Adresse: ____________

einsenden an:
Aktionsbüro gegen Daimler, Heringstr. 4, 2980 Norden, Tel. 04931/167077

Liebe MagdeburgerInnen!

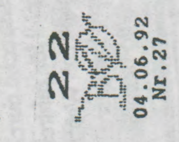
Als TeilnehmerInnen der von Euch organisierten Demo am 23.5. denken wir, daß wir Euch einiges zu fragen und zu sagen haben. Ihr sprecht von Trauermarsch, auf dem „politische Aspekte... in den Hintergrund treten" sollen.(Euer eigenes Infoblatt)
In diesem Fall wäre unserer Meinung nach konsequenterer Humanismus nötig gewesen, um gefälligst einen Gedenk- oder Trauerz u g zu organisieren, denn da ist ein Mensch gestorben, der sicher kein politischer Märtyrer war. Und dennoch will uns die Verdrängugg von Politik nicht einleuchten angesichts eines politisch motivierten Todschlags! Und das um so weniger, als ja die Liste mit einer Chronik von Faschoüberfällen auf Eure Häuser, Eure Leute usw. lang genug ist! Erhebt sich da nicht die Forderung, präventiv aktiv zu werden?
Da Ihr (berechtigterweise) auf Unterstützung aus anderen Orten und Städten gebaut habt, hättet Ihr Euch wenigstens darüber informieren können, daß ~~es~~ seit Wochen in Wilhelmshafen derselbe Samstag verplant wird. Aber die Koordinierungsschwierigkeiten lagen ja noch woanders. Ihr habt sicherlich gemerkt, daß ein zu zeitiger Treffpunkt den regionalen Radius begrenzt. Eure Infoblätter waren auch nicht sehr informativ. Uns hätte schon genauer interessiert, wer die OrganisatorInnen sind, die z.B. für alle Medien eine generelle Dreherlaubnis erteilten; die EA-Nummer großzügig über den Lauti bekanntgaben, obwohl sie längst jede/r sich aufgeschrieben hatte; mit der Kapazität von zwei sogenannten „Führungsfahrzeugen" so sparsam umgingen, daß bis auf eine fünfminütige Erklärung (während der drei Stunden „Marsch") kaum mehr zu hören war als permanente Aufrufe zum Lücken schliessen bzw. Lücken einhalten. Letzteres bezog sich auf eine obligatorische Lücke bzw. Distanz zu den etwa sechzig LeipzigerInnen, die Euren Wunsch, Transpis mitzubringen, zwar erfüllt hatten, sich jedoch nicht an imaginäre (Mai-)Losungen gehalten hatten. „Zurückschlagen" - das klang in den Ohren der Leute aus dem „Führungsfahrzeug" nun doch wie ein Aufruf zur Gewalt und derer war und ist mensch ja gewillt, sich zu enthalten. Und also sollten wir unser Transpi wieder einstecken. Eure Argumente: es soll nur getrauert werden und Ihr seid gerad dabei, die (sogenannten) „NormalbürgerInnen" auf Eure „Seite" zu bekommen.

Unsere Argumente: Eure eigene Überfallchronik und- Trauer ist keine Basis für Widerstand. Und darum geht es! Torstens Tod ist ~~kein Ein~~ für Euch, die Ihr ihn gekannt habt, Grund zum Aufschreien. Und uns befehlt Ihr Trauer, in völliger Verkennung der Lage! Zurückschlagen ist etwas anderes als Zuschlagen, und es ist völlig legitim. Nicht legitim ist es, anderen Mailosungen aufdrängeln zu wollen und uns als „gewaltbereite, militante LeipzigerInnen" diskriminierend von den anderen Leuten („Normalbürger", „Betroffene"!) im Zug zu trennen. Was sind überhaupt „NormalbürgerInnen"? (Nein, dies ist kein Stilbruch. Ihr solltet das nächste Mal nur darauf achten, ob die Hälfte der Leute in der Demo nicht Frauen sind!!!)

Bleibt nur noch eine inhaltliche Bemerkung: Wenn Ihr uns und die aufdringliche Presse über Paragraphen informiert, nach denen es ein individuelles Recht gibt seitens der/des einzelnen DemonstrantIn, filmende Presse zur Herausgabe der Aufnahmen zu zwingen, sie zumindest aufzufordern, so leitet sich unserer Meinubg nach daraus das kollektive Recht, Filmaufnahmen zu untersagen.

Ansonsten hoffen wir, daß wir in Zukunft unsere Kontakte intensivieren können, um mal Themen zu diskutieren wie
- Unterordnung der auswärtigen DemonstrantInnen unter die sogenannte „Demoleitung" (wie wär's mit „Vorbereitungsgruppe"?),
- Koordinierungspflichten
- Sinn und Unsinn von Demos usw.

zwei Frauen aus der Ernesti


22
04.06.92
Nr.27

Vorsicht

An alle Frauen !!!

Wir wurden in der Nacht zum 23.5.92 von der Kollwitzstraße bis in die Raumerstraße im Prenzlauer Berg von einem roten "Pseudo-Porsche" verfolgt und belästigt.

KENNZEICHEN B-AE 2591

Zum Schluß schnitt er uns den Weg ab und bedrohte uns mit einem geladenen Revolver.
Der Typ ist ca.30, ca. 168 cm, braungebrannt, hat kurzes blondes Haar und einen Berliner Akzent.
Drückt sich öfter in der Gegend herum.

Magdeburg: Zurückschlagen oder Trauern ! ?

Am Samstag, dem 23. Mai, gab es anläßlich der Ermordung von Torsten Lamprecht einen Trauerzug in Magdeburg. Torsten (oder auch Lampe) wurde getötet während eines Überfalls auf eine Geburtstagsparty am 9.Mai dieses Jahres. Diese Party war organisiert worden von zwei Punkbands und deren Freunden. Die Geburtstagsfeier fand in den "Elbterassen", einem Gartenlokal im Süden von Magdeburg, statt. Der Besitzer der "Elbterassen" meldete die Party bei der Polizei von Magdeburg an, da er Angst hatte, daß irgendwas passieren könnte. Somit war der Polizei die geplante Feier bekannt.

Ca. fünfzig Nazis mit Baseballschlägern, Eisenstangen, Wurfgeschossen und Stahlkugeln sowie Gaspistolen bewaffnet rückten in einem Autokonvoi an und überfielen die Party. Trotz Gegenwehr zerstörten sie die Gaststätte und verletzten eine Vielzahl von Leuten, die dort feierten. Acht von ihnen wurden so schwer verletzt, daß sie sofort ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Unter ihnen war auch Lampe, den sie ins Koma prügelten. Er erlag seinen Verletzungen zwei Tage später.

Eine halbe Stunde vor dem Überfall soll es laut Aussage der Polizei einen anonymen Notruf aus dem Südwesten Magdeburgs gegeben haben, dem sie folgten. Dies wäre der Grund warum die Polizeiverstärkung nicht rechtzeitig am Tatort gewesen wäre, sondern nur sieben Streifenpolizisten. Diese kamen erst eine halbe Stunde nachdem der Faschoüberfall längst vorbei war und die Verletzten abtransportiert worden waren.

Ihnen fiel in dieser Situation nichts besseres ein, als die Ausweise der noch am Ort verbliebenen zu kontrollieren. Interessant an dieser Stelle ist die Aussage eines Zeugen, der beobachtet hatte, wie ein "Journalist" kurz vor dem Überfall mit den Faschos sprach und sie ihm erklärten: "Wir fahren dort jetzt hin und machen die fertig!". Ebendieser Typ war auch der erste, der nach dem Überfall zur Stelle war, Fragen stellte und rumfotografierte. Später stellte sich heraus, daß dieser Typ von der Bild-Zeitung ist.



Der Trauerzug am Samstag dem 23. Mai zu Gedenken des 23jährigen Torsten Lamprecht führte vom Ort des Verbrechens, den "Elbterassen" quer durchs Stadtzentrum zum UJZ "Knast", der ehemaligen Stasi-U-Haftanstalt von Magdeburg, nun einem Jugendzentrum der offenen Arbeit. Gekommen waren etwa 4000 meist junge Leute aus allen Teilen des Landes ihre Trauer um die Opfer derartiger Gewalt zu zeigen und zum anderen vor rechter Gewalt und aufkeimendem Faschismus zu mahnen. Gleichzeitig war es das Anliegen der Magdeburger Organisatoren die Bevölkerung zu sensibilisieren für die Interessen und das Engagement der Leute, die den Knast machen, dieser war bereits mehrfach Angriffsziel rechter Gewalt.
Für viele war und ist dieser Mord ein Schock, der Gefühle der Wut und Ohnmacht freisetzt. Wut über die Gleichgültigkeit mit der Mord einkaluliert und über Menschenleben einfach hinweggegangen wird. Ohnmacht gegenüber einer Gewalt, die es unmöglich macht ungestört und ohne Angst zu feiern. Wut und Ohnmacht sollte dieser Trauerzug ausdrücken, und viele Magdeburger mit Blumen in den Händen warteten am Straßenrand um sich dem Zug anzuschließen.
Jedoch die Art und Weise wie sich Einige im Trauerzug bewegten (noch kein Block) mag wohl viele bewogen haben samt Rosen wieder umzukehren. Deren Auftreten sprach eher dafür, daß für sie der betrauerte Tod eines Punks nur Vehikel für eine außerplanmäßige Vorführung altbekannter Demoerfahrung - an einem anderen Ort und zu einer anderen Zeit als gewohnt - diente.

Das fünfte Gebot

Magdeb. Report 16.5.92

Ein Kommentar von Thomas A. Muschter

Aus den an die Häuserwände geschmierten Hetzparolen ist blutiger Ernst geworden. Unter den Schlägen junger haßerfüllter Menschen starb am vergangenen Wochenende der 23jährige Torsten Lambrecht, als rund 60 Skins die Gaststätte "Elbterasse" stürmten.

Der brutale Überfall und seine Folgen ist keine Sache zwischen linken und rechten Chaoten. Er berührt vielmehr die Grundfesten unseres Gemeinwesens. Menschen, in unserer Mitte herangewachsen und erzogen, haben die Achtung vor dem menschlichen Leben verloren. Sie töten, schlagen, verwüsten und stehlen. Nicht einzeln, sondern in Gruppen. Nicht impulsiv, sondern organisiert. Nicht aus Rauflust, sondern indoktriniert. Die neue Qualität der Gewalt ist unverkennbar.

Der Tod von Torsten Lambrecht ist eine Herausforderung die uns alle betrifft. Die Polzei, die Staatsanwaltschaft und die Richter können nur schützen und strafen. Der Ruf nach härterem Durchgreifen und drakonischen Strafen wird das Problem allein nicht lösen.

Denn wie verliert ein junger Mensch den Glauben an menschliche Werte? Die Jugend mißt unsere Wirklichkeit an den Maßstäben unserer Moral.

"Sechs Tage sollst Du arbeiten und alle deine Werke tun", heißt es in den zehn Geboten. Was aber wenn der Vater keine Arbeit hat und der Junge keine Lehrstelle findet?

"Du sollst nicht falsch Zeugnis reden ...". Was aber wenn Politiker leicht durchschaubare Versprechungen machen?

"Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus". Was aber wenn ein Alteigentümer vor der Tür steht?

Den Alltag erleben die Magdeburger Verteilungskampf. Ostdeutsche gegen Westdeutsche, Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber, Deutsche gegen Ausländer. Jeder redet vom Teilen und meint, daß er zuwenig hat. Moral wird zum Spielball von Interessengruppen, Unrecht haben immer die Anderen. Wirklichkeit und Werte klaffen auseinander. Die Jugend glaubt nicht mehr an die Gebote, in denen auch das fünfte steht "Du sollst nicht töten".

Nein, nicht die Polizei hat versagt, die Gesellschaft ist dabei, ihren Kredit zu verlieren. Nicht nur bei Jugendlichen. Die sind in ihren Urteilen und Handlungen nur impulsiver und absoluter. Die mittleren und älteren Jahrgänge reagieren defiziler, sie wählen Republikanisch.

DAS ANTI-FA-KOMITEE PLAUEN -EINE SELBSTDARSTELLUNG-

seit knapp einem jahr existiert das anti-fa-komitee plauen.
die folgenden thesen stellen den versuch dar,uns und unsere politischen anliegen,unsere struktur und aktivitäten anderen in einer verbindlichen und präzisen form darzustellen
nicht zuletzt mag ein solcher versuch auch dazu angetan sein,eigene strukturen und aktivitäten zu hinterfragen und erneut zu diskutieren.das folgende ist das ergebnis einer diskussion im anti-fa-komitee und stellt somit ein von uns gemeinsam getragenes konsenspapier dar.

das anti-fa-komitee will ein sammelbecken von antifaschistisch eingestellten menschen unserer region sein.

aus einer anfangs kleinen gruppe,die im sommer 1991 begann regelmässig ihr wichtige themen zu diskutieren und konkrete politische aktionen vorzubereiten und durchzuführen,entwickelte sich relativ schnell ein kreis von bis zu 40 menschen,der seitdem den versuch unternimmt der ohnmacht ständig zunehmenden rassismus und faschistischer gewalt gemeinsam widerstand entgegenzusetzen.

im anti-fa-komitee sind menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher herkunft vereint.viele von uns verbindet ein antikapitalistischer grundkonsens.die einsicht in den ursächlichen zusammenhang von rassismus und faschismus mit den kapitalistischen herrschaftsformen bildet ein fundament,auf dem eine ständig zu aktualisierende,theoretische auseinandersetzung über möglichkeiten des antirassistischen und antifaschistischen kampfes stattfindet.
aus der vielfalt politischer vorstellungen resultiert eine teils problematische pluralität der meinungen über den weg erfolgreichen antifaschistischen handelns.diese meinungsvielfalt bedingt,dass das anti-fa-komitee niemals eine feste politische organisation mit hierarchischen strukturen (unter kleinsten politischen nenner)werden kann.das heisst andererseits nicht,dass"organisierte"-mitgliederinnen von parteien und politischen organisationen-nicht aktive mitgliederinnen der anti-fa sind und den erfahrungsschatz ihrer jeweiligen organisation in den konkreten meinungsbildungsprozess unseres zusammenhanges einbringen.
wichtigster massstab unseres handelns ist die aktivität jedes einzelnen.dabei wird es geradezu notwendig,sich gegenseitiger kritik und selbstkritik auszusetzen.die erfahrung der letzten monate hat gezeigt,dass dies zwar einerseits schmerzvoll für den internen kommunikationsprozess sein kann,andererseits die entstehende reibung immer wieder dazu anspornt,nach grund- und ansätzen für einen kämpferischen alltag zu suchen.

sammelbecken heisst für uns, dass trotz gemeinsamer plattformarbeit,die handlungsfreiheit einzelner oder bestimmter gruppen in deren spezifischen aktionsformen nicht beschnitten werden.

seit einem dreiviertel jahr treffen wir uns einmal in der woche zu einem gemeinsamen plenum.auf der tagesordnung stehen dort politische themen und veranstaltungen.neben den diskussionen zu aktuellen der "grossen"und der lokalen politik-oft durch referate oder zumindest längere redebeiträge eingeleitet-werden die veranstaltungen zur vorbereitung und auswertung eigener arbeit genutzt:bündnisarbeit in der stadt,überregionale arbeit in der der anti-fa-bewegung,erarbeitung eigener flugblätter und publikationen,mobilisierung zu demonstrationen und kundgebungen.
das enorme arbeitspensum,dem wir uns angesichts einer zunehmenden staatlichen repressionspolitik gegen ausländische mitbürgerinnen und flüchtlingen und dem erstarken der faschistischen bewegung ausgesetzt sehen,aber nicht entziehen wollen,können und dürfen,führt inzwischen dazu, dass wir uns in arbeitsgruppen (öffentlichkeitsarbeit-broschüre,politik,frauenpolitik, antifaschistischer selbstschutz...)und initiativkreisen (projekt-infoladen)oft mehrmals in der woche treffen.das führt leider auch dazu,dass die bereitschaft der einzelnen sich in diese arbeitsprozesse einzubringen,eine starke differenzierung erfahren hat.wir können nichts anderes tun,als den eigenen anspruch an politisches handeln mit den ergebnissen abzugleichen.

-
mit der vorliegenden broschüre der geplanten parteienübergreifenden podiumsveranstaltung zum thema"rassismus",unserer permanenten intervention in die politische alltagskultur von engagierten menschen dieser stadt,wollen wir dazu beitragen,die gesellschaft, aber eben auch die menschen unserer stadt und der region aus ihrer politischen lethargie zu reissen.
antifaschismus darf nicht als ein begriff für den verfehlten halbherzigen umgang der sedbürokratie mit dem deutschen faschismus stehenbleiben.unsere geschichte hat gezeigt, wohin das festklammern der stalintreuen kpd-funktionäre an der sozialfaschismustheorie und die berührungsängste der spd-und gewerkschaftsbürokratie die deutsche arbeiterbewegung geführt haben.
wir alle haben nur eine chance um zweistellige wahlergebnisse faschistischer parteien zu verhindern und den terror faschistischer schläger zu unterbinden;latenter faschismus, und sei er noch so demokratisch verbrämt,muss von allen progressiven menschen geächtet werden.gelebter antifaschismus und praktischer antirassismus müssen zum gemeingut unseres gesellschaftlichen daseins werden.nichtfaschismus als politische grösse existiert nicht.passivität gegenüber dem faschismus führt in die katastrophe für alle-auch für die demokraten,die heute noch glauben,rechts und links gleichsetzen und zu tolerierenden randerscheinungen der "freiheitlich-demo-

Lest
und
verbreitet
die anti-
faschistische
Presse

Bei einer Auseinandersetzung in einem China-Restaurant in Neukölln, wo sich führende Personen der Naziorganisation "Deutsche Liga für Volk und Heimat" befanden, kam der Nazifunktionär G. Kaindl ums Leben und zwei weitere Nazis wurden verletzt. Über diesen Vorgang braucht man nichts weiteres zu sagen, denn wer Rassismus und Faschismus sät, erntet Gegengewalt.

Am 12.5. wurden 12 Wohnungen von türkischen Antifaschisten und Antifaschistinnen durchsucht und zwei Personen zum Verhör mitgenommen. Diese Aktion, bei der sich hunderte von Bullen beteiligten, begründeteten sie mit dem Verdacht der Beteiligung an der Auseinandersetzung im China-Restaurant und der Tötung von G. Kaindl. Bei den Durchsuchungen wurden die Wohnungen teilweise verwüstet. Bei den Leuten, die nicht zu Hause waren, wurden die Türen aufgebrochen, Telefon- u. Notizhefte, Bücher und Zeitschriften und sogar schmutzige Wäsche wurden als Beweismittel verschleppt.

Die Leute, bei denen die Durchsuchungen stattfanden wurden von den Bullen bedroht. Mit psychologischen Druck versuchten sie die zum Verhör mitgenommene Person zum Geständnis zu zwingen, einem anderen boten sie 15.000 DM Belohnung für eine Aussage an.

Während im letzten Jahr mindestens 17 Menschen von Nazis umgebracht wurden, sahen die Bullen mehr oder weniger tatenlos zu. Aber in diesem Fall, bei dem ein Nazi umgekommen ist, setzen sie eine Sonderkomission von 20 Personen zusammen, stellen eine Belohnung von 15.000 DM zur Verfügung, observieren 24 Stunden am Tag Treffpunkte von türkischen Jugendlichen und Antifaschisten, teilweise auch Einzelpersonen, nehmen willkürlich Leute von der Straße mit zum Verhör und jetzt durchsuchen sie 12 Wohnungen. Bei dieser Tatsachen fällt auf, wie die Bullen mit zweierlei Maß messen: Einerseits die Tatenlosigkeit bei Naziangriffen und -aktionen und andererseits hier der Versuch, den sich immmer weiter entwickelnden antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren, zu isolieren und zu zerschlagen.

Ein Beispiel liefern die Ereignisse in Magdeburg. Dort wurde ein Punk von Nazis ermordet und drei Leute schwer verletzt. Die Bullen, die bei dem Naziangriff vor Ort waren, sahen tatenlos zu. Obwohl die Bullen die Nazis sahen, wurden diese nicht festgenommen. Obwohl die Bullen wissen, welche Nazis diesen Angriff organisierten und ausführten, wird nicht wie im Kaindl Fall vorgegangen. Obwohl die Bullen genügend Informationen zu den verschiedensten Naziangriffen haben, behaupten sie immer, daß sie nicht genügend Beweise hätten, um direkt handeln zu können. Aber im Kaindl Fall, wo sie selber sagen, daß sie überhaupt keine Beweise in der Hand haben, werden türkische Antifaschisten wie Schuldige behandelt.

Und dies tun sie deswegen, weil sie natürlich nicht wollen, daß wir uns gegen den Naziterror organisieren. Die Herrschenden brauchen den Rassismus zu ihrer Herrschaftssicherung und sie brauchen die Nazis, die den Rassismus in die Gesellschaft verwurzeln. Die Herrschenden schützen ihre Handlanger vor denen, die gegen sie Widerstand leisten. Doch im eigentlichen Sinne schützen sie ihre eigenen Interessen.

Genau an diesem Punkt wird deutlich daß der antifaschistische Widerstand sich deutlich gegen die Interessen des Staates und der Herrschenden stellt. Aus diesem Grund sieht die staatliche Politik gegen den Widerstand so aus, daß Antifaschisten physisch und psychisch unter Druck gestzt werden, daß durch Hetzpropaganda, Kriminalisierung und Polizeiterror versucht wird, antifaschistische Gruppen aus der Gesellschaft zu isoliern und somit den Widerstand zu zerschlagen.

Freunde
täglich werden Menschen Opfer von Naziangriffen, täglich werden Läden, Wohnungen und Flüchtlingsheime angegriffen. Trotz diesen Tatsachen wird von uns erwartet, daß wir zu diesen Angriffen schweigen, daß wir uns nicht wehren, daß wir darauf warten die nächsten Opfer zu werden.

Ohne uns.

Zu schweigen und nicht gegen die menschenverachtenden Nazis Widerstand zu leisten, kann nicht von uns erwartet werden. Weder Nazi- noch Bullenterror kann uns von unserem Widerstand gegen Rassismus abbringen. Der Kampf gegen Rassismus, Naziterror und staatliche Unterdrückung ist ein gerechter Kampf, und keine Macht kann diesen Kampf aufhalten

Auch wenn der Feind uns einzuschüchtern versucht, dürfen wir nicht vergessen, daß der Angriff auf einzelne von uns ein Angriff auf uns alle ist. Es ist möglich und notwendig diesen Angriffen auf uns etwas entgegenzusetzen. Es ist notwendig unseren Kampf entschlossener und besser organisiert weiter zu führen.

Die Solidarität unter uns und die Verwirklichung eines aktiven Widerstandes ist und bleibt unsere einzige Waffe.

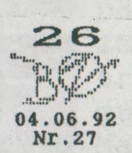
Wir sind im Recht und wir werden siegen!

Gemeinsam gehört uns die Zukunft!

Gegen Rassismus, Nazi- und Bullenterror!

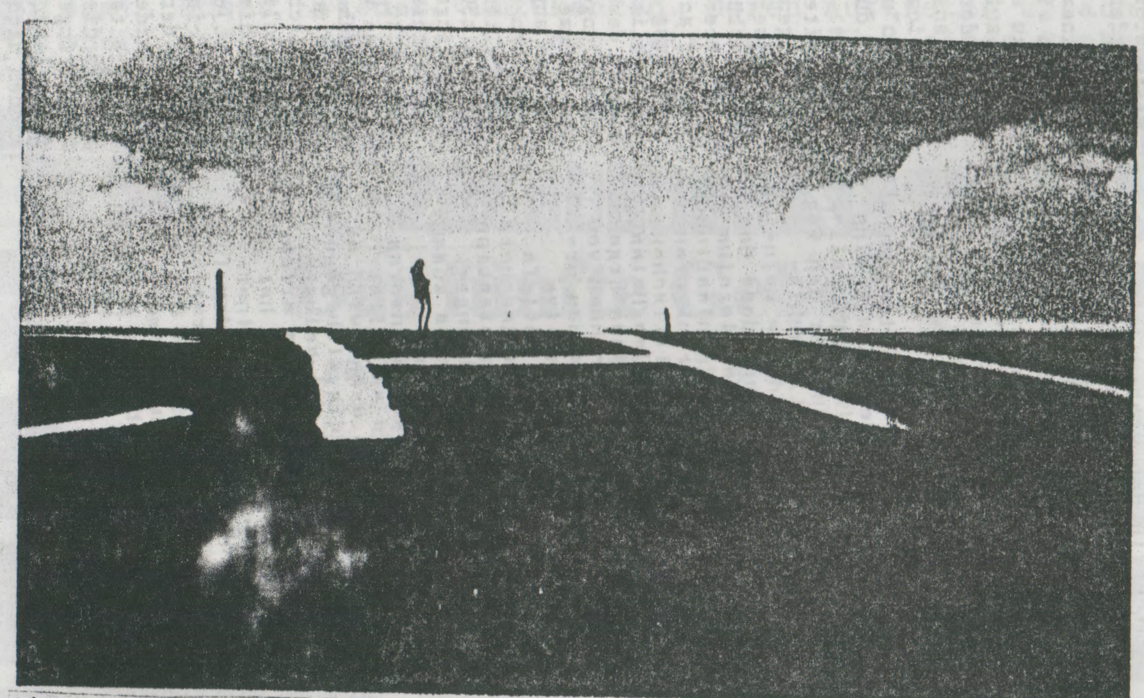
ANTIFASCHIST GENCLIK

Stoppt -
"Die Bewegung"!
"Die Bewegung" ex "Humanistische Partei" ist eine faschistische Psychosekte und betreibt einen "Nachbarschaftsladen" in der Knaackstr. 6.
Bekannte Kader:
Christian Henrici (Knaack 6)
Frank Walber (Seelower 18)
Frank Deppe/Ute Peters (Seenefelder)
Zeitung: "Prenzelberger"
Weitere Infos: AG Sekten c/o AStA FU, Kiebitzweg 23, W-1000/33
Faschos zerschlagen -
Sekten verjagen!!!



stiefelfaschisten und faschistische parteien,wie rep,dvu und npd,bauen eine gemeinsame bewegung auf der strasse auf. ihre erfolge,frustrierte und resignierte menschen an sich zu binden,ist der inaktivität und konzeptionslosigkeit der meissten ihrer potentiellen gegnerInnen geschuldet.die menschen sind nicht durch diskussionen mit den nazis,mit toleranz ihrer aktivität gegenüber"zurückzugewinnen.den neuen und alten nazis ist entschlossen gegenüberzutreten und ihre politische isolierung zu erreichen.es existieren positive und negative erfahrungen im kampf gegen faschistische bewegungen.es gibt beispiele dafür,dass eine grosse einheitsfront aller antifaschistInnen zum sieg führen kann(zerschlagung der "national front"1979 in england oder der npd 1978 in frankfurt/m.).

wir fordern alle menschen,die sich mit der rechtsentwicklung in europa und deutschland nicht abfinden wollen,auf,sich an unseren aktionen zu beteiligen oder zumindest auf unseren veranstaltungen die inhaltliche auseinandersetzung mit uns zu suchen.
es langt nicht mehr,dass politische verantwortungsträger auch unserer stadt zwar verbal ihre ausländerfreundlichkeit und konkrete stellungnahmen ankündigen-dann aber nichts passiert.auf ein vom plauener ob magerkord avisiertes statement des plauener stadtparlaments zu fragen der ausländerfeindlichkeit und der integration von ausländerInnen und flüchtlingen warten wir bis heute.



Als wir letztens so durch das " Grüne Herz Deutschlands " auf der B7 langfuhren erblickten wir erstaunliches . Damit ihr euch eine Vorstellung von dem Anblick machen könnt haben wir euch ein nettes Foto mitgebracht . Dieses Teil ist von 2 großen Bundesstraßen zu sehen und ist ungefähr 15x120 m groß . Wir trauten unseren Augen nicht dort so etwas zu erblicken und finden das es Anregung für "große " Taten sein sollte . (So etwas hat Berlin nicht zu bieten)
Falls ihr auch so etwas erblickt , könnt ihr uns ja davon schreiben oder ein Foto schicken . Wenn ihr zufällig am Tatort noch Erklärungen der KünstlerInnen findet könnt ihr sie ja mitschicken .

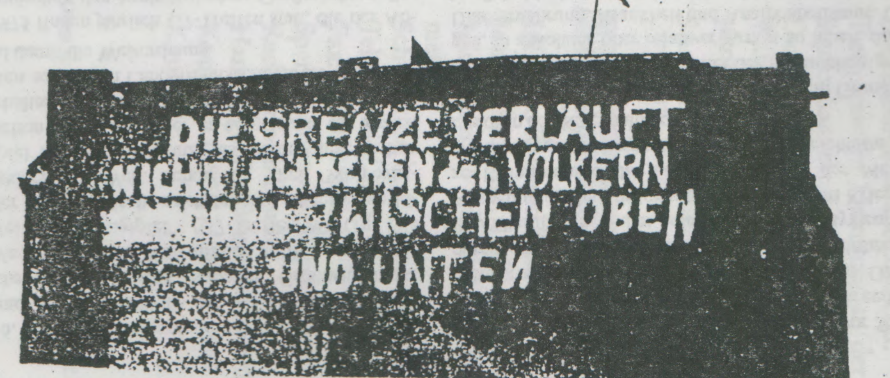


KEIN FUSSBREIT DEN NAZIS IN MARZAHN UND ANDERSWO



Staatlich geförderter Nazi-Treff in Marzahn-West

Seit einigen Wochen ist das Medieninteresse an unserem Stadtbezirk, speziell an Marzahn-West, überraschend hoch. Verschiedene Zeitungen (Taz, Berliner), die SFB-Abendschau, der NDR, WDR u.a. entsenden Reporter-Teams an den äußersten Rand von Berlin. Doch ihr Interesse gilt nicht etwa dem erschreckend hohen Arbeitslosenanteil in diesem Teil der Stadt, den schlimmen Zuständen auf den Arbeits-, Sozial- oder Wohnungsämtern und der wachsenden Verbitterung von Vielen über Politiker, die zwar viel versprechen (und verdienen), aber kaum was unternehmen.
Nein, es geht um einen Jugendclub, genauer gesagt um den Club "Wurzel" in der Dessauer Str. 1 und um seine Betreiber und Nutzer, einer Gruppe von mindestens fünfzehn Nazi-Skinheads und ihrem Sozialarbeiter. Dieser verschaffte ihnen die Nutzungsverträge für den Club und verantwortet offiziell "dieses in Deutschland bisher einmalig (blöde) Projekt".
Nun sind diese Leute aber für uns keine Unbekannten: Schon lange Zeit ist die "Wurzel" bzw. ein in der Nähe liegender Imbiß ihr Treffpunkt. Von dort aus zogen sie schon öfter zum Vietnamesen-Wohnheim in der Glückaufstraße, um dort mit Steinen die Scheiben einzuwerfen und die Bewohner zu bedrohen. Dabei ließen sie sich auch noch von einem (angeblich "zufällig anwesenden") RTL-Team filmen. Jetzt bezeichnen sie diese Aktion zwar als "Ausrutscher", aber ihre Einstellung gegenüber Ausländern und Andersdenkenden hat sich in Wahrheit kein bißchen verändert. So bezeichnet z.B. ihr Anführer Türken in einem Interview als "Untermenschen", sie selbst sehen sich als "Rechtsradikale" bis "Nationalsozialisten". Und Gewalt gegen Andere war schon immer ein fester Bestandteil der Nazi-Ideologie.



Der Sozialarbeiter, der das alles in die Wege geleitet hat, Michael Wieczorek, meint dazu: "Hakenkreuze und 'Deutschland den Deutschen'-Rufe sind nicht unbedingt Ausdruck gefestigter faschistischer Überzeugung. Solche Dinge überhöre ich!". Diese Ignoranz gegenüber faschistischem Denken kennen wir bereits aus einem ähnlichen Projekt in Lichtenberg, wo der Nationalsozialarbeiter Michael Heinisch den Aufbau einer Nazizentrale als "Sozialprojekt für gefährdete Jugendliche" geleitet und in Schutz genommen hat. Übrigens meinte dieser zum Marzahner Projekt: "Solche Leute wurde ich rechts liegenlassen". Nicht ohne Grund, denn einige der "gefährdeten Jugendlichen" aus der Wurzel bekannten sich öffentlich zur Mitgliedschaft in der *"Deutschen Alternative"*, der größten Neonazipartei im Osten. Des weiteren bestehen offensichtlich Verbindungen zur *"FAP"* und der *"Nationalistischen Front"*, anderen wohlbekannten faschistischen Kader-Parteien.

Nicht genug, daß die organisierten Nazis nun einen legalen Treffpunkt in Marzahn haben, sie bekommen auch noch staatliche Unterstützung: 250.000 DM aus dem Bonner "Anti-Gewalt-Programm" und mehrere ABM-Stellen für die Faschos. Der Berliner Jugendsenator Krüger hat sich intensiv dafür eingesetzt, daß diese Nazis den Club bekommen und in eigener Regie betreiben dürfen. Für linke Jugendliche ist sowas anscheinend nicht notwendig, denn für uns gibt es kein solches Angebot. Wahrscheinlich müssen wir auch erst kräftig Randale machen, um einen Treffpunkt und entsprechende Kohle zu bekommen...
Nach außen hin geben sich die Faschisten aus der Wurzel zur Zeit sehr "bürgernah", doch wir warnen davor, sich davon täuschen zu lassen! Denn unter anderem haben sie erklärt, daß sie ihren Club "ausländerfrei" haben wollen, was wohl über den Charakter, z.B. des geplanten Nachbarschafts-Cafes bzw. seiner Betreiber, einiges aussagt.

Mit der "Wurzel" soll ein Stück "ausländerfreies" Marzahn entstehen. Aber: Wem haben "die Ausländer" bisher denn in unserem Bezirk geschadet? Dieser geringe Anteil "Nicht-Deutscher" hat selber genug Probleme, viele mußten dieses Land schon verlassen. Auch Hoyerswerda wurde von den Faschisten "ausländerfrei" gemacht. Doch verbessert hat sich dadurch gar nichts: Es gibt immer noch keine Arbeitsplätze und die Wohnungsnot ist schlimmer geworden. Wir sollten mal darüber nachdenken, was diese nationalistischen und rassistischen Parolen eigentlich bewirken sollen und wem sie nützen. Dem "einfachen Menschen" auf der Straße bestimmt nichts. Und wenn sich faschistische Gruppen erstmal etabliert haben, sind nach den "Ausländern" die nächsten dran: Sozialdemokraten, Langhaarige, Arbeitslose usw. Und vielleicht auch SIE!

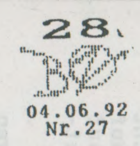
Lassen wir uns das nicht gefallen. Wehren wir uns dagegen, daß in Marzahn mit staatlicher Hilfe eine rassistische Zentrale entsteht!

IN JEDER SCHULE, IN JEDER STRASSE,
IN JEDEM STADTTEIL WOLLEN WIR UNS
ORGANISIEREN. NUR ZUSAMMEN SIND
WIR STARK

★ ANTIFA ★
JUGENDFRONT

Wer sind wir?
Wir sind eine Gruppe von Jugendlichen, die hier in diesem Bezirk wohnen, zur Schule gehen, ihre Lehre machen usw. Wir haben uns zusammengeschlossen, um der rassistischen und faschistischen Gewalt auch hier in Marzahn etwas entgegenzusetzen. Die *Antifa Jugendfront Marzahn* ist Teil der AJF Berlin, die sich bereits 1986 in Westberlin gründete und dort unabhängig von Parteien und den großen Jugendverbänden arbeitete. Nach der Grenzöffnung taten sich auch in der DDR und Ostberlin AntifaschistInnen zusammen. So entstand auch unsere Gruppe. Wir haben seitdem verschiedene Aktionen bei uns im Bezirk durchgeführt – Flugblätter und die erste Ausgabe des *Antifa-Info Marzahn* herausgebracht und verteilt, Plakate geklebt, Nazi-Parolen übermalt usw. Für Meinungsäußerungen, Unterstützung, Interesse an einer Mitarbeit usw. sind wir immer offen. Kontakt zur AJF Marzahn gibt's über:

ANTIFA JUGENDFRONT MARZAHN
c/o INFOLADEN
KASTANIENALLEE 86
1054 BERLIN



04.06.92
Nr.27

Baobab Infoladen Eine Welt e.V.
(ehem. Dritte-Welt-Zentrum)
Winsstraße 53
0 - 1055 Berlin
Mo - Fr: 17.00 - 22.00 Uhr
Tel: 42 694 51

Prenzlauer Berg: Die faschistische Gefahr ist konkret!

Bisher waren die Winsstraße und ihre Umgebung eine vergleichsweise friedliche Gegend. Das hat sich in den letzten Wochen veraendert. Die militanten Neo-Nazis der FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) haben sich durch ihre Kandidatur bei den Bezirkswahlen organisatorisch festigen koennen und unter ihren 228 Waehlern (= 0,4 %) neue Mitglieder rekrutiert.
Ihre geplante Kundgebung am 1.Mai ist am massiven und entschiedenen Widerstand der AntifaschistInnen gescheitert.
In den folgenden Wochen haben sie aber im Kiez immer wieder massiv plakatiert, Aufkleber auf Wohnungsfenster und Autoscheiben geklebt, Flugblaetter in die Briefkaesten gesteckt und am 14.5. mit 20 - 25 Leuten eine kurze Kundgebung an der Kaufhalle in der Winsstraße durchgezogen. Auslaendische Menschen wurden verstaerkt angepoebelt und angegriffen, auch unser Infoladen als Treffpunkt von Menschen unterschiedlichster Herkunft wurde ein Ziel ihrer Attacken.
Wir werden nicht zulassen, daß die Nazis einen "auslaenderfreien" Kiez durchsetzen und Projekte wie den Baobab-Infoladen zerschlagen und zerstoeren. Menschen verschiedener Herkunft und Hautfarbe sollen auch weiterhin gefahrlos im Prenzlauer Berg leben koennen.
Deshalb werden wir gemeinsam mit anderen Gruppen die antifaschistische und antirassistische Arbeit verstaerken. Dabei brauchen wir auch Eure Solidaritaet und Unterstuetzung.
So waere es ganz hilfreich, wenn Ihr oefter mal bei uns im Infoladen vorbeischaut. Je mehr Leute anwesend sind, um so deutlicher koennen wir zeigen, das diese Gegend hier kein Platz fuer Nazis ist.
Ihr koennt bei uns auch Eure Veranstaltungen oder Treffen machen. Kleinkuenstler (Kabarettisten, Liedermacher, Schrifsteller und andere), die ihre Solidaritaet durch die Gestaltung eines Abends bei uns zeigen wollen, sind herzlich eingeladen.
Zwei Hinweise bitten wir zu beachten:
1.:In der Winsstraße laufen des oefteren Nazis rum und beobachten den Infoladen. Wir sind uns darueber einig, das sie aus dem Infoladen heraus nicht angegriffen werden. Allerdings werden wir nicht tatenlos zuschauen, wie Menschen angepoebelt oder zusammengeschlagen werden oder Projekte und Initiativen wie unser Infoladen angegriffen werden.
2. Leider haben einige Linke dieselbe Vorliebe wie die Nazis fuer Militaerklamotten (Tarnjacken, Armeehosen). Das traegt zur Verunsicherung im Kiez bei, insbesondere bei den auslaendischen Menschen, und kann zu fatalen Mißverstaendnissen fuehren. Deshalb ist dieses "Outfit" bei uns ausdruecklich unerwuenscht.

Berlin,den.1.6.92

13. Juni: Teatro Popular Mexicano
Eine Theateraufführung der mexikanischen Theatergruppe CLETA
(Babylonia, 19:30)

13. Juni: Video: Bitterer Zucker
BRD 1983, 43 min., Dokumentarfilm von Gordian Troeller/Claude Deffarge
Der Film beschreibt die sozialen und gesellschaftlichen Folgen des zunehmenden Anbaus von Zuckerrohr in Brasilien, der zu einer immer größeren Verelendung der LandarbeiterInnen führt, ohne daß die Deviseneinnahmen aus dem Erlöß des Zuckerverkaufs diesen Trend aufhalten können.
(El Locco, 18:00 Uhr)

13. Juni: 16mm Film: Simplemente Jenny
USA 1977, 30 min., OmU
Ein Dokumentarfilm über Frauen in Lateinamerika und über die kulturellen Werte, die ihr Leben beeinflussen.
16mm Film: Abschied vom Lachen
BRD 1981, 43 min., von Gordian Troeller/Claude Deffarge
Der Film zeigt eine sogenannte primitive Gesellschaft im peruanischen Amazonasgebiet und verfolgt den rapiden Abwertungsprozeß der Frau durch das Christentum und die westliche Zivilisation über die vergangenen 500 Jahre.
(El Locco, 21:00 Uhr)

14. Juni: Sowjetunion / Rußland. Zum Scheitern des Modells nachholender Entwicklung
Vorstellung des neuen Heftes "Materialien für einen neuen Anti-Imperialismus". (FDCL)
(Kaufhaus Kato, 19:30)

14. Juni: "Die neue Weltwirtschaftsordnung"
Info- und Diskussionsveranstaltung mit Dias und Videoausschnitten.
Die Weltkarte wird möglicherweise neu gezeichnet werden müssen. Sie wird danach weniger einer politischen Karte mit Staatsgrenzen ähneln, als einer Klimakarte mit Zonen vergleichbarer Bedingungen: Investitionszonen auf verschiedensten Lohn- und Qualifikationsstufen, relative und absolute Armutszonen, Frontstaaten und Schwellenländer mit Pufferfunktion. Wir wollen über die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die Rolle der Industriestaaten und multinationalen Konzerne informieren. Außerdem die Parallelen zwischen Kolonialismus damals und der Wirtschaftsordnung heute aufzeigen, sowie unsere eigene Position inmitten dieses riesigen ökonomischen Machtapparates diskutieren. (El Locco)
(El Locco, 18:00)

14. Juni: 16mm Film: Simplemente Jenny
USA 1977, 30 min., OmU
Ein Dokumentarfilm über Frauen in Lateinamerika und über die kulturellen Werte, die ihr Leben beeinflussen.
16mm Film: Abschied vom Lachen
BRD 1981, 43 min., von Gordian Troeller/Claude Deffarge
Der Film zeigt eine sogenannte primitive Gesellschaft im peruanischen Amazonasgebiet und verfolgt den rapiden Abwertungsprozeß der Frau durch das Christentum und die westliche Zivilisation über die vergangenen 500 Jahre.
(El Locco, 21:00 Uhr)

15. Juni: Bericht von zwei indianischen Frauen (Aymara) von einem Frauenradio in Puno / Peru
(Aktion Solidarische Welt)
(Kaufhaus Kato, 19:30 Uhr)

15. Juni: Flüchtlinge in Angola und Mosambik
Elende Flucht - Flüchtendes Elend. Flüchtlingsbewegungen im südlichen Afrika.
In Angola und Mosambik, zwei der ärmsten Länder der Erde, wurden durch den Bürgerkrieg und infolgedessen kriegszerstörte Wirtschaft und Hungersnöte Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht - in Angola 2 Mio; in Mosambik 4,5 Mio (=50%). Der durch Unita/Angola und Renamo/Mosambik angezettelte Bürgerkrieg wurde von Südafrika unterstützt. Was sind die Hintergründe des Krieges der Contras und wie kann die zukünftige Entwicklung dieser Länder aussehen? (Anti Apartheid Bewegung)
(Mehringhof-Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2, 1/61, 19:30 Uhr)

15. Juni: Mit Schwert und Kreuz - Das Erbe der Kirche in Lateinamerika
Mit Carl-Jürgen Kaltenborn.
(VHS-Steglitz, im Rathaus Steglitz, 18:00 Uhr)

16. Juni: Geschichte der lateinamerikanischen Theatertreffen von CLETA (Mexiko)
Vortrag und Diskussion mit den Mitgliedern von CLETA zum Thema "500 Jahre Kulturwiderstand"
(Kaufhaus Kato, 17:00 Uhr)

16. Juni: Pflanzen für die Menschen oder Patente für die BiotechKonzerne?
Costa Rica hat die genetischen Ressourcen seines Urwaldes an den Pharmakonzern MERCK verkauft, in Peru existiert die größte Gen-Bank der Welt für Kartoffeln. Im Zuge der Gentechnologie werden Pflanzengene, die bislang niemandem gehörten, zu "genetischen Ressourcen", zu Rohstoffen also, die einen Marktwert haben. Sie werden in den Privatbesitz von Konzernen überführt, die aus ihnen neuartige Gewächse herstellen und sie patentieren lassen. Diese Vermarktung der Gen-Ressourcen ist eine Fortsetzung des Kolonialismus mit den Methoden der Biotechnologie. (Genethisches Netzwerk)
(Kaufhaus Kato, 19:30)

16. Juni: Autonomie der Atlantikküste Nicaraguas
Infoveranstaltung mit Cyril Omier (Regionaler Koordinator des Movimiento Amplio de Apoya y Defensa de la Autonomía; Bluefields) über den Stand des Autonomieprozesses nach 500 Jahren Kolonisierung und 26 Monaten autonomer Regionalregierung.
(Autonomia)
(El Locco, 19:30 Uhr)

16. Juni: Wieso immer noch Kaffee aus Nicaragua?
Eddy Lopez, Vertreter der LandarbeiterInnengewerkschaft ATC, und Otmar Meyer, der für die alternative Handelsgesellschaften MITKA und GEPA in Nicaragua arbeitet, berichten. (Ökotopia)
(Cafe Vierlinden, Erkelenzdamm 47, 1/36, 20:00 Uhr)

16. Juni: Ausstellungseröffnung: Südafrika schreit nach Frieden
Hintergründe der Gewalt schwarz gegen schwarz. (BAOBAB)
(BAOBAB, 20:00 Uhr)

17. Juni: Die Tupamara Yessie Arlette berichtet:
Zum Referendum gegen die Privatisierung der Wirtschaft und über Medien in Uruguay
(Kaufhaus Kato, 19:30 Uhr)

17. Juni: Solidarität - ab in den Supermarkt
Diskussion über Vermarktung von Solidaritätsprodukten am Beispiel Kaffee. (Ökotopia)
(BAOBAB, 20:00 Uhr)

---

18. Juni: Veranstaltung zur Fotoausstellung über guatemaltekische Kinder
(Kaufhaus Kato, 16:00 Uhr)

18. Juni: Guatemaltekische Flüchtlinge: ihr Kampf für Land, Gerechtigkeit und Entmilitarisierung
50.000 guatemaltekische Flüchtlinge, die seit 1982/83 in Lagern in Mexiko leben, sollen Ende dieses Jahres nach Guatemala zurückkehren. Ihre Forderung, daß diese Rückkehr unter menschenwürdigen Bedingungen stattfinden soll, muß gegen die guatemaltekische Regierung und regierungsabhängige Hilfsorganisationen durchgesetzt werden. Dazu ist internationale Unterstützung dringend notwendig. Diavortrag. (Guatemala-Komitee Berlin)
(Kaufhaus Kato, 19:30 Uhr)

18. Juni: Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Yessie Arlette (MLN-Tupamaros)
Über die politische Situation von Frauen in Uruguay und Frauenwiderstand. Nur für Frauen.
(BAOBAB, 19:30 Uhr)

18. Juni: "Back to the land" - Kampagne
Veranstaltung mit Sophie Molokoane, Mitarbeiterin des südafrikanischen Kirchenrates. Die Okasie-Community hat erfolgreich einer Zwangsumsiedlung durch die südafrikanische Regierung widerstanden. Andere Gemeinden wurden von ihrem Land vertrieben. Sophie Molokoane wird von dem Kampf dieser Gemeinden um Rückkehr auf ihr Land berichten. (Anti-Apartheid-Bewegung)
(Mehringhof-Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2, 1/61, 19:30 Uhr)

18. Juni: Lateinamerika heute: Schulden und Hoffnung
Mit Thomas Hurtienne.
(VHS-Steglitz, im Rathaus Steglitz, 18:00 Uhr)

19. Juni: Olympia 2000 - Schneller, höher... plumps
Eine visuelle Stadtrundreise gegen Olympia. (AOK)
(Kaufhaus Kato, 17:00 Uhr)

19. Juni: Grenzen auf!
Zur Situation von Flüchtlingen im ehemaligen Jugoslawien auf dem Weg in die Festung Westeuropa. Berichte aus Ljubljana /Slowenien und Berlin (Antirassistisches Zentrum)
Kaufhaus Kato, 19:30)

19. Juni: Video: "Daß alle sich erheben"
Guatemala/BRD 1992, 55 min. OmU, von Ludger Pfanz und Gülsel Özkan.
Ein Video über Guatemala und die Kampagne "500 Jahre Widerstand"
(El Locco, 18:00 Uhr)

19. Juni: kurzgeschichten aus Lateinamerika
Wir lesen Geschichten von verschiedenen Schriftstellerinnen aus Lateinamerika
(El Locco, 21:00 Uhr)

19. Juni: Esperanza y Pelos
Veranstaltung zu 500 Jahren Eroberung und Unterdrückung in Lateinamerika mit Musik, Lesung, Tanz, Film und Fest. (INKOTA)
(Gethsemane-Kirche, Prenzlauer Berg, U-Bahnhof Schönhauser Allee)

20. Juni: Bericht über politische Gefangene in Mexiko
Josefina Martinez de Martinez informiert über die Menschenrechtssituation in Mexiko
-In Chiapas wehren sich Bäuerinnen und Bauern gegen die halbfeudalen sklavereiähnlichen Strukturen, indem sie das ihnen zustehende Land besetzen. Mehrere der daraufhin entstandenen Dörfer wurden von Polizei - Hand in Hand mit Großgrundbesitzern und deren Pistoleros - geräumt und mindestens ein Dorf dem Erdboden gleichgemacht.
-Sie arbeitet beim CNI (Unabhängiges Nationales Komitee für die Verteidigung der Gefangenen, Verfolgten, Verschwundenen und politisch Exilierten)
(Kaufhaus Kato, 19:30 Uhr)

20. Juni: Diskussionsveranstaltung zu Indien
Mit Vilma Fernandes, Journalistin und Frauenrechtlerin aus Indien; sie spricht zum Thema "Die Politik der Unterdrückung. Ist der Staat für oder gegen die Gleichberechtigung der Frauen?
Und mit Teresa D'Sonza, zum Thema: Anniosynthese in Indien als Methode der Selbstzerstörung einer Gesellschaft. Nur für Frauen. (Nozizwe)
(Nozizwe, 19:00)

20. Juni: Fahrrad-Tour zu Themen und Orten der Kolonialwaren

20. Juni: Karnevalsumzug "Feiern wir die 400 Jahre Eroberung!" in Tiergarten
(Quilombo)

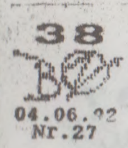
21. Juni: Modernisierter Kolonialismus: IWF-Versklavung heute bedeutet Faschismus morgen
Mit Vilma Fernandes, Journalistin und Frauenrechtlerin, aus Indien. (auch für Männer)
(Nozizwe)
(Nozizwe, 18:30 Uhr)

21. Juni: Abschlußveranstaltung: Vorbereitungstreffen zur Demo und dem Gegenkongreß in München, zum G7-Weltwirtschaftsgipfel
(Kaufhaus Kato, 19:30)

21. Juni: Wir wollen unser Land zurück; zwangsumgesiedelte Gemeinden in Südafrika
Vortrag und Dias von Inge Schumacher. (BAOBAB)
(BAOBAB, 20:00 Uhr)

21. Juni: Video: Verhandelte Frauen - Frauenhandel
MPZ 1989, 20 min.
Der Videofilm ist ein Versuch, den Frauenhandel mit unserem Leben und Alltag hier in einen Zusammenhang zu stellen. Wer das Geld hat, hat die Macht - Assoziationen aus einem Land, wo alles käuflich ist.
Video: Westwärts - Südostasiatinnen in der BRD
BRD 1990, 55 min., von Gaby Hinterberger, Wolfgang Kriener
Frauen aus Thailand und den Philippinen, zu Tausenden seit Anfang der 80er Jahre in die BRD verschleppt oder eingereist, kommen zur Sprache mit ihren Träumen und Ernüchterungen.
(El Locco, 18:00)

19. Juni: Prozeßkostensolifete für die in Sevilla verhafteten Anti-Expo-DemonstrantInnen im Ex



VIDEOKINO DANEBEN
RIGAER STRASSE 84
1035 BERLIN-F'HAIN

Programm vom

2.6. - 6.6.92

Dienstag, 2.6.92, 21 Uhr:
"Helden für Deutschland? - Rechtsradikale in der Offensive"
Eine aktuelle Reportage über die Strukturen faschistischer Parteien in der BRD. Wahlveranstaltungen, FAP, Deutsche Alternative, Kühnen-Beerdigung, Aufmärsche etc. (BRD 1992)

Donnerstag, 4.6.92, 21 Uhr:
"Beweg Dich mit ganzem Herzen"
Cuba, September 1991. Lange Schlangen vor den Läden, die Regale sind fast leer. Jahrzehnte-lang bot die cubanische Regierung als einziges Land Lateinamerikas seiner gesamten Bevölkerung ein menschenwürdiges Leben. Doch jetzt ist die Lage angespannt, die USA wittern Morgenluft - sie wollen den ganzen Kontinent kontrollieren. Eine Hommage an die cubanische Revolution und eine Bestandsaufnahme des heutigen Cubas. (1991)

Samstag, 6.6.92, 21 Uhr:
"Die weiße Rose"
Die Geschichte der studentischen Widerstandsgruppe um die Geschwister Scholl, die in München gegen die Nationalsozialisten kämpften, bis sie 1943 von der Gestapo aufgespürt und hingerichtet wurden. Der Versuch eines authentischen Porträts und einer Entmystifizierung - mit dem Ziel, ihr Verhalten und die Konflikte jener Zeit einem heutigen Publikum verständlich zu machen. (BRD 1982, Regie: Michael Verhoeven)

DANEBEN INFOLADEN in der Rigaerstr. 84: POLITISCHE VIDEOS

Solifete zur Unterstützung der Flüchtlinge in Berlin am 6.6. in der SfE

"Konservative Revolution" an der Volksuni ?

Kein Forum für Alfred Mechtersheimer !

Alfred Mechtersheimer soll am Samstag, dem 6. Juni, um 12 Uhr auf der diesjährigen "Volksuni" in der Humboldt-Universität referieren. Thema: "Deutschland im Nord-Süd-Konflikt".
Immer wieder gelingt es, dem als "Friedensforscher" etablierten Mechtersheimer innerhalb der Linken seine Thesen zu vertreten. Seine Kontakte und seine Zusammenarbeit mit Nationalrevolutionären und Neofaschisten sind kaum bekannt. Mechtersheimer publiziert regelmäßig in der von Nationalrevolutionären herausgegebenen "Zeitschrift für nationale Identität" "wir selbst". Werbung macht er für die neofaschistische Zeitung "Junge Freiheit". In einem Glückwunschschreiben zu deren fünfjährigen Bestehen im vergangenen Jahr schrieb er: "Als Anhänger eines Nationalpazifismus gefällt mir, daß Sie die nationalen Fragen offen behandeln." Auf der letzten Seite jeder "Junge Freiheit"-Ausgabe ist unter der Überschrift "Eine konservative Revolution" eine Sammlung von Zitaten Prominenter zu finden - an erster Stelle Alfred Mechtersheimer.
In dieser Zeitung publizieren alle Spektren des Neofaschismus. Von den sich demokratisch gebenden Republikanern bis zu Auschwitz-Leugner Irving. Auf Hoyerswerda anspielend titelte die "Junge Freiheit" im Oktober 1991 mit "Gewalt ist ein Mittel der Politik".

Schon im letzten Jahr ist Mechtersheimer auf der Volks
uni aufgetreten. Er referierte zum Thema "Antiamerika
nisch - weshalb eigentlich nicht?" In diesem Vortrag
"versucht er, den Antiimperialismus der Linken in eine
Antiamerikanismus umzulenken. Mit Aussagen wie 'di
USA betreiben keinen Imperialismus, sie sind der Im
'perialismus' lenkt er von deutscher Großmachtpoliti
ab und suggeriert, daß mit der Beseitigung des 'Amer
kanismus' das Hauptübel der weltweiten Ungerechtig
keiten überwunden wäre.
Und was wurde aus dem Vortrag der Volksuni? E
erschien in der Ausgabe 2/91 von 'wir selbst' (...). Un
auch die österreichische Neonazizeitung 'Sieg' druck
te ihn in ihrer Oktober/November-Ausgabe 1991 nach
Allerdings ohne Autorenangabe und unter Einfügun
eines einzigen Wortes: Mechtersheimer schrieb i
Orginal, 'daß das amerikanische Establishment di
Welt dominiert'. 'Sieg' machte daraus 'das amerikan
sche jüdische Establishment'. Distanziert hat er sic
nie davon!" (Neues Deutschland, 23.5.92)
Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt seiner Aktivitäten i
neofaschistischen Kreisen.

Wir fordern die Ausladung Alfred Mechtersheimers
Personen wie er sind für uns keine Bündnispartner

Veranstaltung
(der Antifa-Liste der Freien Universität Berlin)
am 5. Juni 92 um 20 Uhr

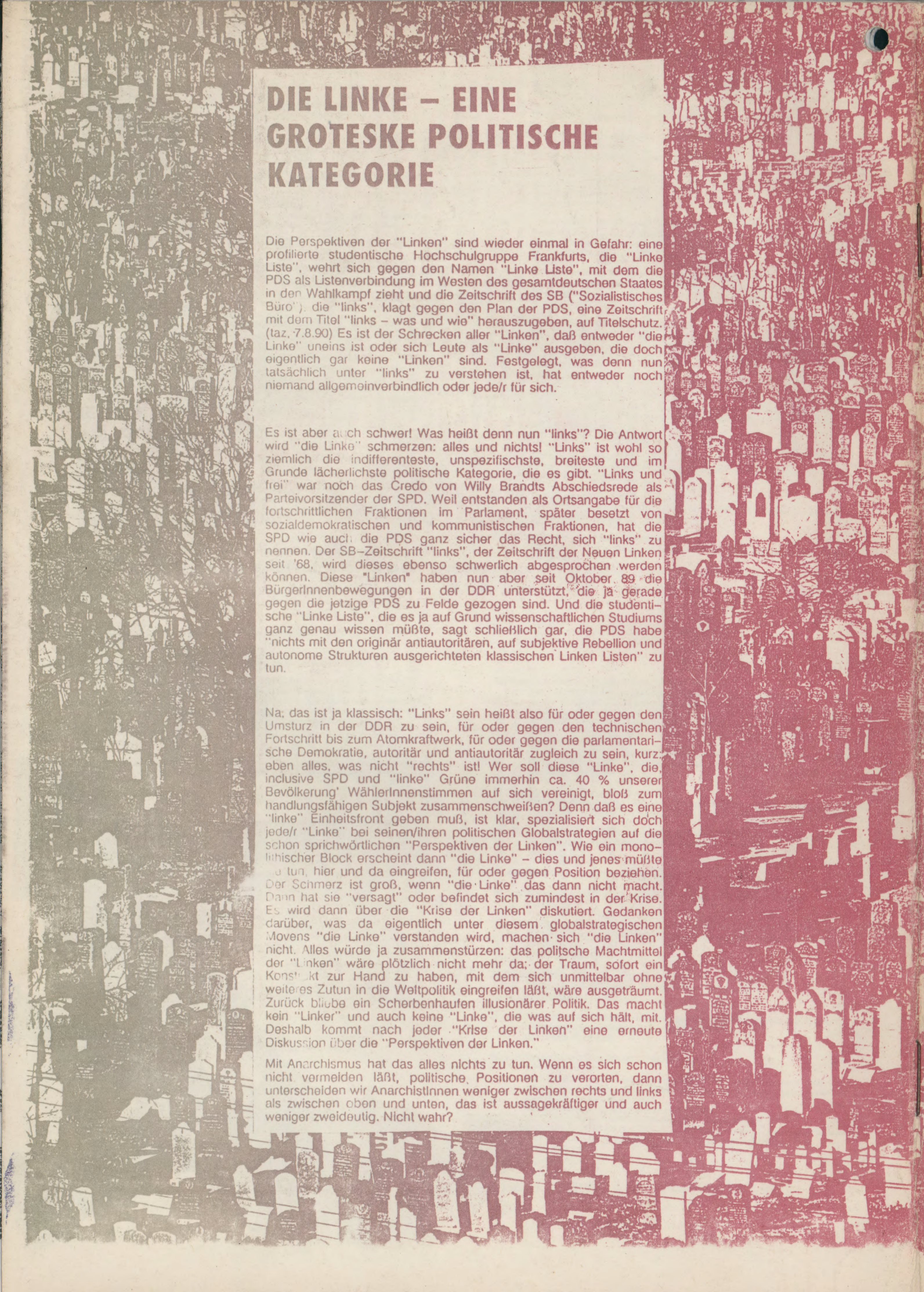
Neue Rechte und soziale Bewegungen

Schwerpunktthemen:
- die Aktivitäten Alfred Mechtersheimers
- Versuche neofaschistische Ideologie in die Linke hineinzutragen

Mit **Peter Kratz** (Bonner Initiative - Gemeinsam gegen Neofaschismus), dem Herausgeber des Buches "In bester Gesellschaft - Antifa-Recherche zwischen Konservatismus und Neofaschismus"

Ort: Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, O-1080 Berlin

ViSdP: Antifa-Liste



DIE LINKE – EINE GROTESKE POLITISCHE KATEGORIE

Die Perspektiven der "Linken" sind wieder einmal in Gefahr: eine profilierte studentische Hochschulgruppe Frankfurts, die "Linke Liste", wehrt sich gegen den Namen "Linke Liste", mit dem die PDS als Listenverbindung im Westen des gesamtdeutschen Staates in den Wahlkampf zieht und die Zeitschrift des SB ("Sozialistisches Büro"), die "links", klagt gegen den Plan der PDS, eine Zeitschrift mit dem Titel "links – was und wie" herauszugeben, auf Titelschutz. (taz, 7.8.90) Es ist der Schrecken aller "Linken", daß entweder "die Linke" uneins ist oder sich Leute als "Linke" ausgeben, die doch eigentlich gar keine "Linken" sind. Festgelegt, was denn nun tatsächlich unter "links" zu verstehen ist, hat entweder noch niemand allgemeinverbindlich oder jede/r für sich.

Es ist aber auch schwer! Was heißt denn nun "links"? Die Antwort wird "die Linke" schmerzen: alles und nichts! "Links" ist wohl so ziemlich die indifferenteste, unspezifischste, breiteste und im Grunde lächerlichste politische Kategorie, die es gibt. "Links und frei" war noch das Credo von Willy Brandts Abschiedsrede als Parteivorsitzender der SPD. Weil entstanden als Ortsangabe für die fortschrittlichen Fraktionen im Parlament, später besetzt von sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktionen, hat die SPD wie auch die PDS ganz sicher das Recht, sich "links" zu nennen. Der SB–Zeitschrift "links", der Zeitschrift der Neuen Linken seit '68, wird dieses ebenso schwerlich abgesprochen werden können. Diese "Linken" haben nun aber seit Oktober 89 die BürgerInnenbewegungen in der DDR unterstützt, die ja gerade gegen die jetzige PDS zu Felde gezogen sind. Und die studentische "Linke Liste", die es ja auf Grund wissenschaftlichen Studiums ganz genau wissen müßte, sagt schließlich gar, die PDS habe "nichts mit den originär antiautoritären, auf subjektive Rebellion und autonome Strukturen ausgerichteten klassischen Linken Listen" zu tun.

Na, das ist ja klassisch: "Links" sein heißt also für oder gegen den Umsturz in der DDR zu sein, für oder gegen den technischen Fortschritt bis zum Atomkraftwerk, für oder gegen die parlamentarische Demokratie, autoritär und antiautoritär zugleich zu sein, kurz: eben alles, was nicht "rechts" ist! Wer soll diese "Linke", die, inclusive SPD und "linke" Grüne immerhin ca. 40 % unserer Bevölkerung' WählerInnenstimmen auf sich vereinigt, bloß zum handlungsfähigen Subjekt zusammenschweißen? Denn daß es eine "linke" Einheitsfront geben muß, ist klar, spezialisiert sich doch jede/r "Linke" bei seinen/ihren politischen Globalstrategien auf die schon sprichwörtlichen "Perspektiven der Linken". Wie ein monolithischer Block erscheint dann "die Linke" – dies und jenes müßte sie tun, hier und da eingreifen, für oder gegen Position beziehen. Der Schmerz ist groß, wenn "die Linke" das dann nicht macht. Dann hat sie "versagt" oder befindet sich zumindest in der Krise. Es wird dann über die "Krise der Linken" diskutiert. Gedanken darüber, was da eigentlich unter diesem globalstrategischen Movens "die Linke" verstanden wird, machen sich "die Linken" nicht. Alles würde ja zusammenstürzen: das politsche Machtmittel der "Linken" wäre plötzlich nicht mehr da; der Traum, sofort ein Konstrukt zur Hand zu haben, mit dem sich unmittelbar ohne weiteres Zutun in die Weltpolitik eingreifen läßt, wäre ausgeträumt. Zurück bliebe ein Scherbenhaufen illusionärer Politik. Das macht kein "Linker" und auch keine "Linke", die was auf sich hält, mit. Deshalb kommt nach jeder "Krise der Linken" eine erneute Diskussion über die "Perspektiven der Linken."

Mit Anarchismus hat das alles nichts zu tun. Wenn es sich schon nicht vermeiden läßt, politische Positionen zu verorten, dann unterscheiden wir AnarchistInnen weniger zwischen rechts und links als zwischen oben und unten, das ist aussagekräftiger und auch weniger zweideutig. Nicht wahr?